

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1.50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Warmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 36.

Hamburg, den 8. September 1894.

6. Jahrgang.

Die Lage der Zimmerer in Köln a. Rh.

(Eine Illustration zum Verbandstage der Baugewerks-Innungsmeister und ein Wodruf an diejenigen Zimmerer, die noch jetzt im Schlandrian dahinleben.)

Der Verbandstag der Baugewerks-Innungsmeister findet am 9., 10. und 11. September in Köln statt; es ist dies nicht das erste Mal, daß die Herren zusammenkommen, sondern bald nach 1868 „vereinten sich in allen Gauen unseres Vaterlandes die Fachgenossen zu Bauhütten und Baubereinen und diese wieder zum Verbands deutscher Baugewerksmeister, dem heutigen Innungsverbande, welcher auf seinen jährlich wiederkehrenden Verbandstagen diejenigen Grundsätze aufzustellen berufen war, welche die Erhaltung und Förderung des Baugewerbes gewährleisten.“ So schrieb die „Baugewerks-Zeitung“, das „Kampf“organ dieses Verbandes, am 9. Mai 1894, und das klingt doch gewiß recht schön!

„Hebung des Bauhandwerks“, das ist nur angeblich die Parole unserer Innungsmeister! Der Innungsverband so wenig wie die Mitglieder desselben kümmern sich um das Bauhandwerk als solches; ihr Streben geht einzig und allein nur dahin, die Interessen der paar „Meister“ zu fördern, die sich in den Innungen vereinigen. Und fürwahr, die Zahl dieser Leute ist nicht groß; die „Baugewerks-Zeitung“ giebt an, daß 4000 Baugewerksmeister zum Innungsverbande gehören, das ist eine sehr bescheidene Anzahl von den 161 923 Baugeschäftsinhabern, die 1882 in Deutschland gezählt wurden.

Unsere Innungsmeister sind aber auch keineswegs die „kleinen Handwerker“, die mühselig um ihre Existenz kämpfen und in Gefahr stehen, über Kurz oder Lang in's Proletariat zu sinken; nein, sie sind der wohlhabendere Theil der Baugewerbetreibenden, sie sind ungefähr das, was der Industrielle im Gewerbe überhaupt oder der Rittergutsbesitzer in der Landwirthschaft ist. Mit den Letzteren haben unsere Innungsmeister nach mehreren Richtungen viel Aehnlichkeit; ganz besonders ist es aber ihre Taktik, die Aehnlichkeit mit der der großen Landwirth hat. Unsere Innungsmeister klagen über den Niedergang des Baugewerbes; in Wirklichkeit sind sie es nicht in letzter Linie, die unablässig an diesem Niedergang arbeiten. Sehr viele Innungsmeister sind Bauspelulanten und sie powern die kleinen Handwerker aus, wie es der Bauschwindler auch nicht besser kann. Die Innungsmeister haben als Bauspelulanten schon an vielen Orten das Baugewerbe auf Jahre hinaus vollständig zu Grunde gerichtet.

Wir wollen nur an Brandenburg erinnern, weil den dortigen Krach seinerzeit die „Baugewerks-Zeitung“ selbst mittheilte. Unsere Innungsmeister verlangen aber auch „Schutz für die nationale Arbeit“, sie sind, besser gesagt, die wahren Lokalpatrioten; und warum? Damit ihnen die reiche Pfründe in den Schooß fällt, die bei Staats- und städtischen Bauten erzielt wird!

Die ganze Unsinnigkeit der Phrase von der Hebung des Bauhandwerks zeigt sich aber auch dadurch, daß die Innungsmeister versuchen, ihren

Bereinskreis recht enge zu ziehen. Wir haben oft genug erfahren, daß sich Innungen im Baugewerbe sogar weigern, „geprüfte“ Meister aufzunehmen. Auch wurde auf der Direktions-sitzung des Innungsverbandes der Baugewerksmeister, am 9. Oktober 1893, vor Zwangsinnungen gewarnt, weil man an einem Orte, in Hamburg, die Erfahrung gemacht habe, daß diese nichts taugen. Dort ist eine solche auf Veranlassung der Behörde — allerdings zunächst nur zur Bekämpfung der Arbeiter — zu Stande gekommen, nun mußten „aus vielen Gründen zahlreiche Mitglieder wieder ausgeschlossen werden.“ Der Hauptgrund war aber doch wohl nur der: das Monopol, Staatsbauten auszuführen, auf wenige „Meister“ zu beschränken. Wer an dieser Behauptung noch zweifelt, der sehe nach Braunschweig, wo ebenfalls die Mehrzahl der dortigen „Meister“ der Innung angehört. Dort zanken sich die Innungsmeister untereinander, weil „trotz des Ausschreibens von Submissionen die Bauarbeiten doch ohne Rücksicht auf billigere Offerten stets ganz bestimmten Firmen übertragen werden.“ Dort sind aus dem großen Kreise nur Wenige privilegiert, daher der Zan — je kleiner die Innung zur Zahl der Baugewerbetreibenden ist, um so weniger kommen solche Sachen vor.

Wir sehen also bis hierher, daß es den Innungsmeistern mit der „Hebung des Bauhandwerks“ nicht einmal so weit ernst ist, als Baugeschäftsinhaber in Betracht zu kommen. Sehen wir uns nun auch die für uns Arbeiter in Betracht kommende „Hebung des Bauhandwerks“ durch die Innungsmeister an!

Wir beobachteten bei den Innungsmeistern ein Streben, das dahin geht, die Zahl ihrer „Standesgenossen“, wenn wir dies Wort einmal gebrauchen wollen, recht niedrig zu halten, dies ist gewissermaßen eine alte Tradition der früheren Zunftmeister, also keineswegs neu. Daneben ging das Bestreben der alten Zunftmeister aber auch dahin, die Zahl der Gesellen nicht übermäßig anschwellen zu lassen.

Fast alle alten Zunftstatuten bestimmen: „Keiner soll mehr den Einen Lehrjungen halten, und wer einen anderen eher als der erste angelernt wieder annimmt, soll . . . strafe erlegen.“ Logischerweise müßten auch unsere Innungsmeister derartig vorgehen, indessen betreiben sie in dieser Beziehung das genaue Gegenheil. Die meisten Innungsmeister haben zehn und mehr, ja oft genug 40 bis 50 „Lehrjungen“. Daß dieses Gebahren nicht zur „Hebung des Bauhandwerks“ beiträgt, liegt völlig klar auf der Hand. Denn wir können unter „Hebung des Bauhandwerks“ nichts weiter verstehen, als daß dahingestrebte werden soll, daß jede Person, die im Baugewerbe beschäftigt ist, ein möglichst gutes Auskommen hat. Hiermit steht die Lehrlingszüchtereier der Innungsmeister aber im krassen Widerspruch.

Wir wissen auch, daß unsere Innungsmeister sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß auswärtige Baugeschäftsinhaber Arbeit in solchen Orten ausführen, wo einer oder mehrere Innungsmeister wohnen. Dies ist freilich ebenfalls eine alte Tradition von den Zunftmeistern. In deren Statuten findet man allerwärts Bestimmungen, die dahin gehen, daß solche Meister, die am Orte nicht wohnen, hier auch keine Arbeit übernehmen dürfen. Auch den Bürgern war es verboten, ihre Arbeit von auswärtigen Meistern fertigen zu lassen. Neben solchen Bestimmungen fand sich aber auch die: daß „kein Meister einen fremden Gesellen auf die Arbeit fordern (darf), so ferne in (der betreffenden Stadt) welche zu bekommen sein.“ Solche Konsequenz liegt unseren Innungsmeistern aber fern; sie holen fremde Arbeitskräfte herbei und wenn tausende einheimische auf dem Straßensplaster liegen. Wenn die Auswärtigen nur recht billig arbeiten, dann sind sie eine von den Innungsmeistern immer gesuchte Waare. Die Bethätigung nach dieser Richtung nennen unsere Innungsmeister: „Hebung des Bauhandwerks!“

Soweit die allgemeinen charakteristischen Merkmale am Verbands der Baugewerks-Innungsmeister. Nun wollen wir noch in einigen Sätzen mittheilen, wie die Innungsmeister das Bauhandwerk speziell in Köln „gehoben“ haben!

In einem Schreiben, das die Kölner Innungsmeister an ihre „Fachgenossen“ auswärts richteten, heißt es: „Seit dem Mai des Jahres 1880 datirt aber auch der Anfang einer für die Geschichte der Entwicklung Kölns hochwichtigen Epoche. Die Stadterweiterung durfte in's Werk gesetzt werden. Der die Stadt beengende Gürtel wurde gesprengt, die alten Festungsmauern fielen, die Wallgräben wurden geobnet: und so entstand die Neustadt mit ihrer imposanten Ringstraße — einzig in ihrer Art. Aber auch die Altstadt ist nicht zurückgeblieben, neben größeren Verbesserungen der Straßen sind viele neue öffentliche und Privatbauten entstanden. Vor Allem ist unser Wunsch zur That geworden, der mit seinen Thürmen zum Himmel ragende altherwürdige Dom steht in seiner Vollenbung da, ein Wahrzeichen deutscher Einigkeit. Köln erhielt ein neues Gerichtsgebäude, ein imposantes Postgebäude und einen in seinen architektonischen Formen und Größenverhältnissen einzig dastehenden Hauptbahnhof. Ferner sind noch zu erwähnen: das Elektrizitätsgebäude, die neuen Hafenanlagen und der Schlacht- und Viehhof; die beiden letzten noch im Bau begriffen.“ Diese kolossale Arbeit ist hier thatsächlich bewältigt worden. Die hiesigen Bauarbeiter haben in den 14 Jahren sehr fleißig gearbeitet und sich dabei oft genug nicht satt essen können — die Innungs- und anderen „Meister“ haben tausende und aber-tausende Mark Profit eingesteckt; eine große Anzahl von ihnen ist in der Zeit sehr reich geworden.

In diesen vierzehn Jahren flotter Bau- thätigkeit haben die Kölnner Innungsmeister das Baugewerbe derartig „gehoben“, daß der Arbeitslohn für den allergrößten Theil der Zimmerer im Sommer pro Stunde 35, 33 und sogar 31 Pf. beträgt. Wie die Zimmerer mit solchen Löhnen auskommen, das kümmert die Innungs- und andere „Meister“ nicht; darum scheint sich nicht einmal der Bürger- „meister“ zu bekümmern, der „Ehrenmitglied“ der Innung ist. Der Vollständigkeit wegen wollen wir hier noch beifügen, daß es bekannt ist, daß die Bauarbeiter in der Regel nur 220, im besten Falle nur 240 und sehr selten mehr, öfter aber bedeutend weniger Tage im Jahre Arbeit haben. Man kann also sagen, daß das Jahres- einkommen der Zimmerer, die in Köln anständig sind, zwischen Mk. 682 und Mk. 840 schwankt. Davon sollen zunächst Mk. 150—200 Wohnungsmiete gezahlt werden, und was darüber ist reicht zum Leben nicht aus. So kommt es, daß die Frauen und Kinder der Zimmerer mitarbeiten müssen. Und trotzdem bleibt Schmalhans Küchen- meister.

In Köln arbeiten aber auch sehr viel aus- wärtige Zimmerleute, die zum Theil unverheirathet und zum anderen Theil verheirathet sind, aber ihre Familien anderwärts wohnen haben. Diese Leute arbeiten hier in der Regel nur im Sommer, im Winter sind die Unverheiratheten auf Wander- schaft, die Verheiratheten anderweitig beschäftigt oder zu Hause arbeitslos. Die Arbeitsperiode dieser Leute dauert höchstens 28 Wochen, in welcher Zeit höchstens nur 156 Tage gearbeitet werden kann. Ihre Einnahme beträgt also Mk. 483,60—546, öfter aber bedeutend weniger. Für Kost und Logis müssen pro Woche Mk. 10,50 bis Mk. 12, gezahlt werden, nur in den aller- erbärmlichsten „Pennen“ kommt man pro Tag mit Mk. 1,30 aus. In diesen mörderischen Löchern, die meistens von Ungeziefer starren, wohnt aber nur selten ein Zimmerer. Wir können also sagen, diese auswärtigen Zimmerer erhalten in der angedeuteten Arbeitsperiode Mk. 483,60 bis Mk. 546 Lohn und müssen davon für Kost und Logis allein Mk. 294 bis Mk. 316 abgeben; es verbleiben sonach Mk. 189,60 bis Mk. 230. Hiervon soll die Bekleidung bezahlt werden, für Bier, Branntwein und Tabak gehen noch einige Mark darauf, die Stadtbehörde kommt mit dem Steuerzettel, und was bleibt für den Winter? Der Bettel für die unverheiratheten und der Erwerb, den etwa das bische „Eigen- thum“ zu Hause einbringt, für den verheiratheten Saisonarbeiter.

Wir leben in der besten der Welten, wer's nicht glaubt, der frage die Innungs- und anderen Meister! Die Lage dieser Herren ist, wie schon erwähnt, ungleich besser. Charakteristisch ist die Orgie, die gegenwärtig von den Innungs- meistern in Köln gefeiert und die von ihnen „Verbandstag“ genannt wird. In der That, einen einfältigeren Namen konnte man für eine Zusammenkunft nicht erfinden, die sich fast mit nichts weiter beschäftigt, als mit „Begrüßung“, „Geselligen Zusammenkünften“, im Dom-Hotel“ und im „Hochzeitsaale“; mit „Spazierfahrten und Frühstücken“, „Korrespondenzen“ und „Fest- essen bei Konzert“, „Gesangsvorträgen und Theater- auführungen“; mit „Festfahrten“, die von Musik- kapellen begleitet sind, — und so geht's weiter mit Grazie! Es giebt aber auch noch „Meister“ genug, denen diese kostspieligen Rinkertischen zu abgeschmackt sind, sie unternehmen „Erholungs- reisen“ nach Italien und anderen Gegenden. Sie haben ja in ihrem Leben viel Geld „ver- dient“ und wenig gearbeitet, kein Wunder des- halb, daß sie großer „Erholungen“ bedürfen.

Der Laie, dem diese gewaltigen Unterschiede zwischen Meister und Gesellen zum ersten Male mitgetheilt werden, wird fragen, woher dies Alles kommen konnte; dem Eingeweihten sind das keine böhmischen Dörfer. Die „Meister“, die da immer glauben machen wollen, sie strebten „die goldene Dreieit: Meister, Geselle und Lehr- ling“ im Handwerk an, thun nämlich etwas

ganz Anderes, wie wir zum Theil schon zeigten. Speziell in Köln haben die „Meister“, und in erster Reihe die Herren von der Innung, ein Ausbeutungssystem eingerichtet, das nur selten anderswo seines Gleichen findet. Die „Meister“ übergeben meistens ihre Arbeit an einen Polier in Alford. Dieser stellt dann entweder Gesellen für recht billigen Tagelohn an oder er vergiebt die Arbeit, allerdings für wahre Schund- preise, wieder in Alford an die Gesellen. Die Thätigkeit dieser Poliere besteht lediglich darin, die Gesellen für immer weniger Geld zu immer höherer Kraftaufwendung zu veranlassen; und sie besorgen diese Schinderarbeit ausgezeichnet.

Rekapituliren wir kurz, dann ergibt sich, daß die Thätigkeit der Meister zur „Hebung des Bauhandwerks“ für die Gesellen darin be- steht, daß sie die Zahl der Gesellen darin be- steht, daß sie die Zahl der Gesellen in's Unge- messene vergrößern; daß sie, unbekümmert darum wie viel Einheimische arbeitslos sind, billigere Arbeitskräfte herbeizuschaffen versuchen; daß sie endlich Ausbeutungssysteme durchführen, die an Grausamkeit in der Geschichte ihres Gleichen nicht finden.

Es hieße Brot von Kieselsteinen erbetteln, wollte man die Ausbeuter ersuchen, ihre Thätig- keit nach dieser Richtung zu beschränken; um hier Remedur zu schaffen, muß etwas Anderes geschehen. Die Zimmerleute, die heute noch im Schlandrian dahinleben, Diejenigen, welche die unverschämte Ausbeutung wohl an ihrem Leibe fühlen, aber kaum wagen, die Faust in der Tasche zu ballen, die müssen sich unserer Organisation, dem Verbands deutscher Zimmerleute, anschließen. Sie müssen mit eintreten in die Reihen der kämpfenden Zimmerer Deutschlands, sonst gehen wir Alle der Verelendung und Verumpfung noch weiter entgegen. Die elenden Zustände im Zimmergewerbe lassen sich nur dann mindern, wenn die Organisation der Zimmerer eine Macht bildet; die Geschichte des Verbandes deutscher Zimmerleute liefert hierzu die schlagendsten Beweise.

Wo sich dem Verbands eine einigermaßen respectable Anzahl Zimmerer anschloß, da trat auch bald eine merkliche Aenderung zum Bessern ein; der Durchschnittslohn in den Verbands- städten betrug 1885: Mk. 2,88, 1891: Mk. 3,74, das ist eine Lohnsteigerung um durchschnittlich 86 Pf. pro Tag. Daneben wurde an vielen Orten die Arbeitszeit verkürzt und noch öfter wurden die „Meister“ gezwungen, „ihre Leute“ besser wie vordem zu behandeln. Wir brauchen aber die Beweise nicht einmal so weit herzuholen; auch in Köln besteht seit 1885 ein Lokalverband und diesem allein ist es zuzuschreiben, daß der Tagelohn von Zeit zu Zeit höher stand als gegenwärtig. 1885 wurden in Köln Mk. 3,15, 1890 wurden Mk. 4 Tagelohn gezahlt. Welche Kraftaufwendung dieses unsererseits kostete, ist bekannt, wir wollen nur daran erinnern, daß diese Kraftaufwendung von Erfolg gekrönt war. Die Macht der Organisation dürfte demnach keinem Zimmerer unbekannt sein.

Unbekannt scheint unseren Kameraden, die nicht zur Organisation gehören, die Thatsache zu sein, daß man dauernd zur Organisation halten muß, wenn die trübseligen Erscheinungen unterbleiben sollen, die wir gegenwärtig erleben, nämlich: daß die Erfolge uns wieder entrisen werden. 1890 zählte unser Lokalverband 182 Mitglieder, im vorigen Jahre durchschnittlich nur 50; also nicht weniger als 132 ehemalige Mit- glieder haben sich auf die Bärenhaut gelegt, mögen sie sich daran erinnern, daß sie dadurch die gewaltige Lohnrückerei mit herbeiführten. Aber nicht nur diese 132, sondern alle Zimmerer müssen unserer Organisation beitreten.

Die paar Groschen Beitrag, die für die Organisation aufgebracht werden müssen, dürfen kein Hinderniß bilden, derselben anzugehören. Denn die Erfahrung lehrt, daß die Ausbeuter um annähernd Mk. 100 unseren Lohn drückten, weil ein großer Theil unserer Kameraden glaubte, die Mk. 7,80 Verbandsbeitrag „sparen“ zu müssen. Hoffentlich wird diese Erinnerung

unseren uns noch fernstehenden Kameraden die Augen öffnen und sie an ihre Pflicht erinnern.

Das Agitationscomité
der Zimmerer in Köln a. Rh.

Zentralisation der Ortskrankenkassen. *)

Von Dr. Wilhelm Roth in Frankfurt a. M.

In neuerer Zeit sind in verschiedenen Städten, wo mehrere Ortskrankenkassen nebeneinander be- stehen, vor Allem in Berlin, Bestrebungen zu Tage getreten, welche auf eine mehr oder weniger weitgehende Zentralisirung dieser Kassen abzielen. In anderen Städten hat sich ein derartiger Prozeß bereits vollzogen, sei es, daß die Kassen zu einem Verband nach Maßgabe der Bestimmungen des § 46 des R.-V.-G. zusammentraten, sei es, daß sie sich zu einer einzigen Kasse vereinigten. Diese Thatsachen lassen darauf schließen, daß die der beruflichen Trennung der Ortskrankenkassen nachgerühmten Vorzüge in der Praxis in vielen Fällen sich garnicht bemerkbar machen können, daß im Gegentheil die vom Gesetz so sehr begünstigte Zersplitterung der Ortskrankenkassen mancherlei Mißstände im Gefolge hat, deren Beseitigung nur durch eine größere Zen- tralisierung der Ortskrankenkassen möglich ist. In der Hauptsache sind es mittlere und größere Städte, in denen mehrere Ortskrankenkassen nebeneinander existiren und existenzfähig sind. Wir werden daher auch lediglich die Verhältnisse in solchen Städten bei unseren nachfolgenden Betrachtungen in's Auge fassen.

Bei Einbringung des Gesetzes wurde für kleinere, auf Gegenseitigkeit und Selbstverwaltung beruhende Verbände der Berufsgenossen in erster Linie geltend gemacht, daß bei der relativen Gleichheit der Krankheitsgefahr der Berufs- genossen diese Form der Organisation die ratio- nellste sei. Allein die eigentlichen Berufsgenossen, d. h. Arbeiter, welche dieselben oder nahe ver- wandte Arbeitsleistungen verrichten, lassen sich ja kaum in einer Kasse vereinigen, ohne für viele Arbeitgeber große Belästigungen herbeizuführen. Man hat daher lediglich die in gleichen oder verwandten Gewerbebetrieben beschäftig- ten Arbeiter in einer Kasse zusammengefaßt. Nun sind aber in vielen Gewerbebetrieben Per- sonen nebeneinander beschäftigt, die ganz ver- schiedenen Berufsarten angehören und bei denen deshalb die Krankheitsgefahr eine ganz verschie- dene ist; die Absicht also, eine Vereinigung von Berufsgenossen in einer Kasse herbeizuführen und den obengenannten Vortheil zu erreichen, ist hier nicht verwirklicht; dagegen ist für die Arbeiter eine Quelle vieler Unzuträglichkeiten geschaffen. Dies beweisen zur Genüge die vielen Klagen, die namentlich auch aus den Arbeiterkreisen in Berlin darüber laut werden, daß die Arbeiter oft ge- nöthigt sind, beim Uebergang in einen anderen Geschäftsbetrieb die Mitgliedschaft bei ihrer bis- herigen Kasse aufzugeben und einer anderen Kasse beizutreten, der sie der Natur ihrer Beschäftigung nach garnicht zugehören würden, und bei der noch obendrein vielleicht die Beiträge höher oder die Leistungen geringer sind, als bei ihrer bis- herigen Kasse. Daß aber ein häufiger Wechsel der Mitgliedschaft bei den Krankenkassen nicht zu den Seltenheiten gehört, wird man gewiß zu- geben, wenn man bedenkt, wie häufig in unserer Zeit viele Arbeiter ihre Arbeitsstätte wechseln, und wie groß insbesondere die Zahl der so ge- nannten ungelerten Arbeiter ist, die nachein- ander in Unternehmungen der verschiedensten Art beschäftigt sind. Die mit einem Wechsel der Mitgliedschaft verbundenen Mißstände werden natürlich in um so höherem Maße auftreten können, je größer die Zahl der nebeneinander bestehenden Kassen ist.

Wenn man weiterhin den kleinen Kranken- kassen nachrühmt, daß durch die nahen Beziehungen der Kassenmitglieder zueinander die zur Bekämpfung der Simulation unentbehrliche Kontrolle erleichtert werde, so lehrt das Beispiel der als mustergültig

*) Blätter für soziale Praxis, Nr. 86, Berlin und Frankfurt a. M. 1894.

anerkannten Ortskrankenkasse zu Leipzig, daß größere Kassen, die neben der freiwilligen gegenseitigen Kontrolle der Kassenmitglieder eine solche durch Berufskontroleure ausüben können, hierdurch mindestens ebenso Gutes zu leisten im Stande sind, als die kleinen Kassen.

Auch in den maßgebenden Kreisen scheint man nicht mehr so sehr von den Vorzügen einer weitgehenden Dezentralisation, wie sie für den Zweck der Durchführung der Krankenversicherung begünstigt wurde, überzeugt zu sein; so wird in der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Alters- und Invalidenversicherung vom 22. November 1888, ausgeführt, daß vor der Angliederung an die Berufsgenossenschaften oder Krankenkassen die Versicherungsanstalten, wie sie für die Invaliditäts- und Altersversicherung vorgesehen sind, den Vorzug haben, daß nunmehr an jedem Orte sämtliche versicherten Personen ohne Unterscheidung des Berufs derselben Versicherungsanstalt angehören.

Für die Frage, inwiefern einem zentralisirten Kassenwesen vor dem dezentralisirten der Vorzug gebührt, bietet die Geschichte des Ortskrankenkassenwesens in Leipzig und Frankfurt a. M. ein besonders lehrreiches Material.

In Leipzig bestanden zuerst 18 Ortskrankenkassen mit getrennter Verwaltung. Die Mißstände, die sich aus diesem Nebeneinanderbestehen so vieler Kassen ergaben, und von denen als einer der bedeutendsten die unverhältnißmäßige Höhe der Verwaltungskosten der kleineren Kassen bezeichnet wird, veranlaßte die Kassen, bald zu einem freien Verband gemäß § 46 des R.-V.-G. mit gemeinsamer Verwaltung zusammenzutreten. Der Verband trat am 1. Oktober 1885 in's Leben. „Die Existenz und Thätigkeit des Verbands gereichte den Kassen, sowie der gesammten öffentlichen Krankenversicherung Leipzigs zweifellos zum Nutzen; allein daß der Verband trotz alledem nicht den Abschluß der Organisation bilden könne und werde, stellte sich sehr bald heraus. Das Bild, welches sich nach Ablauf des ersten Jahres bei vergleichendem Ueberblick über die Ergebnisse der einzelnen Kassen zeigte, ergab die Nothwendigkeit baldiger Aenderung. Zwar wiesen alle Kassen, als ein Ganzes betrachtet, kein ungünstiges Resultat auf, wohl aber einzelne derselben; dies weniger wegen der Verschiedenheit der Krankheitsgefahr, als wegen des zum Theile sehr großen Unterschiedes in der Mitgliederzahl und der nicht immer glücklichen Zusammenfassung der Betriebsarten in je eine Kasse.“ (Vgl. Geschäftsbericht der Leipziger Ortskrankenkasse für die Jahre 1885—1889, S. 20.) Diese Umstände führten denn auch bald zu einer Verschmelzung sämtlicher 18 Ortskrankenkassen in eine einzige allgemeine Ortskrankenkasse, die am 1. Januar 1887 in's Leben trat. Inwieweit die Verwaltungskosten eine Veränderung ihrer Höhe pro Kopf der Mitglieder erfahren haben, geht aus folgender Zusammenstellung hervor. Es betrug die Verwaltungskosten:

in den Jahren	pro Kopf der Mitglieder	dabon persönliche Verwaltungskosten
1885	M. 4,23	—
1886	„ 3,09	—
1887	„ 2,—	„ 1,45
1888	„ 1,75	„ 1,37
1889	„ 1,54	„ 1,21
1890	„ 1,76	„ 1,36
1891	„ 1,73	„ 1,34
1892	„ 1,85	„ 1,49
1893	„ 1,80	„ 1,38

In Frankfurt a. M. bestand von Anfang an ein Verband von 10 Ortskrankenkassen zum Zweck der Einrichtung einer gemeinschaftlichen Verwaltung, der Abschließung gemeinsamer Verträge mit Ärzten und Apotheken und der Einrichtung einer gemeinsamen Meldestelle. Auch hier stellte sich bald das Bedürfnis heraus, an die Stelle des Verbandes eine vollständige Vereinigung sämtlicher Ortskrankenkassen treten zu lassen. In dem Verwaltungsbericht der Stadt Frankfurt für das Jahr 1887—88 wird ausgeführt, daß die Verwaltungskosten sämtlicher

Kassen im Ganzen genommen im Verhältniß zur Gesamtausgabe von 10,98 pBt. auf 8,75 pBt. zurückgegangen sind. Die gemeinschaftliche Verwaltung, ohne welche die Verwaltungskosten sich zweifellos nicht unbeträchtlich höher stellen würden, habe nur auf Grund der in allen wesentlichen Punkten bestehenden Uebereinstimmung der 10 Kassenstatute durchgeführt werden können. Dies in Verbindung mit der Erwägung, daß die Uebereinstimmung bei weiterer Entwicklung der einzelnen Kassen nicht sich dauernd werde halten können, habe neben der Rücksicht auf sonstige Vortheile Veranlassung gegeben, eine Verschmelzung der 10 Ortskrankenkassen in Verathung zu ziehen. Vom Jahre 1888 an bestand in Frankfurt nur noch eine allgemeine, aus der Verschmelzung der früheren 10 Ortskrankenkassen hervorgegangene Kasse. Was die Höhe der Verwaltungskosten betrifft, so betrug dieselben

in den Jahren	pro Kopf der Mitglieder
1885	M. 3,15
1886	„ 2,13
1887	„ 1,54
1888	„ 1,55
1889	„ 1,49
1890	„ 1,59
1891	„ 1,91
1892	„ 1,80
1893	„ 1,59

Wenn man in Betracht zieht, daß sowohl in Leipzig wie in Frankfurt in den ersten Jahren die Verwaltungskosten durch die erstmalige Einrichtung erheblich höher sein mußten als nach der Beendigung der organisatorischen Arbeiten, so wird man aus den angeführten Zahlen für die Höhe der Verwaltungskosten in den beiden genannten Städten keine irgendwie bedeutende Herabsetzung der Verwaltungskosten durch die stärkere Zentralisirung erkennen können. Die Höhe der Verwaltungskosten sowohl in Leipzig wie in Frankfurt a. M. mit ihrem vollständig zentralisirten Krankenkassenwesen ist, auf den Kopf der Mitglieder berechnet, nicht viel geringer als in Breslau, wo nach Berlin die meisten Krankenkassen (nämlich 53 an der Zahl) mit getrennter Verwaltung vorhanden sind. Es betrug nämlich im Durchschnitt für sämtliche 53 Kassen die Verwaltungskosten

in den Jahren	pro Kopf der Mitglieder
1889	M. 1,67
1890	„ 1,66
1891	„ 1,66

Wir haben sowohl bei Leipzig und Frankfurt a. M. als auch bei Breslau davon abgesehen, ein Bild von der Entwicklung der Höhe der Verwaltungskosten nach Prozenten der Gesamtausgaben zu geben, weil bei den letzteren die zu Kapitalanlagen verausgabten Beträge oft eine mehr oder minder wichtige Rolle spielen, und insolgedessen leicht irreführende Verschiebungen eintreten können. Bemerkt sei indeß doch, daß in Breslau die Verwaltungskosten nach Prozenten der Gesamtausgaben bedeutend höher waren als in Leipzig und Frankfurt a. M.

Wenngleich wir daher mit Bleicher (Statistisches Jahrbuch deutscher Städte 2, S. 189) der Ansicht sind, daß ein direkter Einfluß der Zentralisirung auf die Höhe der Verwaltungskosten sich nicht feststellen läßt, so wird doch immerhin eine Zersplitterung der Gesamtsumme der Verwaltungskosten bei dem System der Zentralisation vermieden. Nicht die Höhe der Summe ist die Hauptsache, sondern die möglichst zweckmäßige und produktive Verwendung derselben. Mit dem Aufwand an Verwaltungskosten, den bei dem System der Dezentralisation die einzelnen Kassen zu machen im Stande sind, kann eine wirklich gute, den Ansprüchen eines sich immer mehr entwickelnden und entwicklungsfähigen Kassenwesens entsprechende Verwaltung kaum gewährleistet werden. Deshalb sind auch die an und für sich oft geringen Verwaltungskosten der kleinen Kassen doch als zu hohe zu betrachten. An den schwierigen finanziellen Verhältnissen, unter denen so viele Krankenkassen leiden, ist ohne Zweifel zum nicht geringen Theil auch die mangelhafte Verwaltung derselben schuld. Die ehrenamtliche Thätigkeit der Vorstandsmitglieder

wird heutzutage auch mit dem besten Willen nicht im Stande sein, den an ein gut entwickeltes Kassenwesen zu stellenden Anforderungen zu genügen, wenn ihr nicht ein geschultes Beamtenpersonal, womöglich mit einer geschäftsmännisch wie juristisch gebildeten Persönlichkeit an der Spitze, zur Seite steht. Bei der praktischen Handhabung der Arbeiterversicherungsgesetze überhaupt, wie auch im Besonderen des Krankenversicherungsgesetzes, kommen immer viele Fälle vor, bei deren Entscheidung das Gesetz ganz oder theilweise im Stiche läßt, so daß es dem Laien oft unmöglich wird, die richtige Entscheidung zu treffen. Allerdings ist ja immer der Weg zur Aufsichtsbehörde, in der juristisch gebildete Kräfte vertreten sind, offen; und dann kann auch noch der Weg der gerichtlichen Klage beschritten werden. Allein damit ist doch immer ein Zeitverlust bis zur definitiven Entscheidung verbunden. Manche Prozesse könnten vermieden werden, wenn unter dem Beamtenpersonal auch eine juristisch gebildete Persönlichkeit sich befände, welche übrigens in den Fällen, in denen der Prozeß unvermeidlich ist, als ständiger Rechtsbeistand vor Gericht fungiren könnte. (Hierbei wäre vielleicht zu erwägen, ob sich auf solche Weise nicht auch eine Art unentgeltlicher Rechtshilfe überhaupt für die Kassenmitglieder schaffen ließe.) Nimmt man noch hinzu, daß die Entscheidungen und Beschlüsse in derselben Sache von Seiten der verschiedenen Kassenvorstände oft ganz verschieden sind und daß dies namentlich bei dem Nebeneinanderbestehen mehrerer Kassen, deren Mitglieder zum Theil einander persönlich bekannt sind, leicht zu Mißhelligkeiten führen kann, so wird man kaum anstehen, einem zentralisirten Kassenwesen den Vorzug vor dem dezentralisirten einzuräumen.

Auch in versicherungstechnischer Beziehung lassen sich bei einem zentralisirten Krankenkassenwesen Verbesserungen einführen. Nur die zentralisirte Kasse ist groß genug, um je nach der Art der Beschäftigung Gefahrenklassen bilden zu lassen, für welche verschieden hohe Beitragsätze in Anwendung kommen können, und so in Wahrheit die Gliederung nach der Berufsthätigkeit zu schaffen, welche die heutigen beruflichen Ortskrankenkassen nur in trügerischem Scheine bieten. Wenn erst die Verwaltung der Ortskrankenkassen mehr den Anforderungen entspricht, die an ein gut geleitetes Versicherungsinstitut gestellt werden, dann wird dies sicherlich nicht ohne Rückwirkung auf die finanziellen Verhältnisse der Kassen bleiben, und vielleicht hierbei auch noch zu einer Verminderung der Verwaltungskosten führen können. Daß endlich eine große Kasse eher im Stande ist, gesteigerten Ansprüchen an ihre Leistungen, namentlich bei ausbrechenden Epidemien, zu genügen, als eine kleine Kasse, wird wohl kaum bestritten werden.

Um aber die mit einer einheitlichen Verwaltung verknüpften Vortheile vollständig zu erreichen, genügt es nicht, daß die verschiedenen Kassen, wie dies jetzt auch in Berlin beabsichtigt wird, lediglich einen freien Verband nach Maßgabe des § 46 des Gesetzes bilden; denn hierdurch wird eine gleichmäßige Behandlung der einzelnen Fälle noch nicht gewährleistet. Außerdem hat aber eine solche freie Vereinigung doch nur dann einen praktischen Werth, wenn Uebereinstimmung der Statuten, der Höhe der Beiträge und Leistungen herrscht und wenn ein solcher Verband alle oder doch fast alle Kassen an dem betr. Ort umfaßt; denn sonst bleiben ja die Nachteile bestehen, die sich bei dem System der Dezentralisation für den Arbeiter beim Uebergang von einer Kasse zu einer anderen ergeben. Wenn aber wirklich die freie Vereinigung die oben genannten Voraussetzungen erfüllt, so wird sich bald, wie dies aus den bereits oben angeführten Verwaltungsberichten der Ortskrankenkassen zu Leipzig und Frankfurt hervorgeht, zeigen, daß auch ein solcher Zustand des Kassenwesens auf die Dauer unhaltbar ist, und daß er nur als ein Uebergangsstadium zur vollständigen Verschmelzung der verschiedenen Kassen

betrachtet werden kann. Deshalb sollte man da, wo das Streben nach einer Zentralisation vorhanden ist, sofern es die Umstände erlauben, lieber sofort zu einer Verschmelzung schreiten, als durch die einstweilige Gründung eines freien Verbandes den vollständigen Abschluß der Entwicklung hinausschieben.

Wenn trotz der unzweifelhaften Vorzüge eines zentralisierten Rassenwesens bis jetzt noch in verhältnismäßig sehr wenigen Städten eine Entwicklung nach dieser Richtung stattgefunden hat, so dürfte der Hauptgrund dafür wohl darin zu suchen sein, daß in der Zeit des Bestehens der Rassen die finanziellen Verhältnisse derselben sich ganz verschiedenartig gestalten haben. Neben Rassen mit einem ansehnlichen Vermögensbestand und hohen Leistungen giebt es viele Rassen, die an beständigen Defizits krank und ihren Mitgliedern nur die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalleistungen gewähren können; daß die ersteren Rassen einer Vereinigung mit den schlechter situierten widerstreben, ist leicht begreiflich. Insofern lagen da, wo, wie in Leipzig und Frankfurt, die Verschmelzung der Ortskrankenkassen bald nach ihrer Gründung herbeigeführt wurde, die Verhältnisse günstiger. Indes ist auch jetzt noch die oben erwähnte Schwierigkeit nicht unüberwindlich.

Vor Allem wird man, falls man eine Vereinigung durchführen will, gut daran thun, nicht sofort mit der Errichtung der neuen Rasse die Ausführung weitgehender Pläne in's Werk setzen zu wollen, sondern damit zu warten, bis sich die neue Einrichtung eingelebt hat; auch wird man nicht sofort die Leistungen der bisher am besten situierten Rassen gewähren dürfen, sondern jene auf ein mittleres Maß beschränken. Zur Bildung eines Vermögensbestandes für die neue allgemeine Rasse sollten die bisherigen Rassen nur mit einem bestimmten Prozentsatz ihres Vermögensbestandes beitragen; der Rest desselben könnte zu Gunsten der Mitglieder der bisherigen Rassen als Fonds für eine Zuschußkasse dienen. Die Verwaltung dieser Fonds könnte den Vorstandsmitgliedern der bisherigen Rassen, oder den Sachkommissionen, wie sie für den Fall einer Verschmelzung der Berliner Ortskrankenkassen vorgeschlagen worden sind, übertragen werden. Aus diesen Zuschußkassen könnte namentlich ein Ersatz für Minderleistungen geboten werden. Der Anspruch auf die Leistungen dieser Zuschußkassen könnte entweder sofort oder nach Ablauf einer bestimmten Zeit an die Zahlung von Beiträgen geknüpft werden. Neuen Mitgliedern würde das Recht einzuräumen sein, sich durch Zahlung von Beiträgen einen (an den Ablauf einer bestimmten Karenzzeit geknüpften) Anspruch auf die Leistungen der ihrem Beruf entsprechenden Zuschußkasse zu erwerben.

Wir wollten hiermit nur kurz skizzieren, wie wir uns die Möglichkeit vorstellen, die oben erwähnte Schwierigkeit bei einer geplanten Verschmelzung mehrerer Ortskrankenkassen zu überwinden. Die näheren Einzelheiten müßten natürlich den besonderen Verhältnissen entsprechend geregelt werden. Zugleich würde sich bei der von uns vorgeschlagenen Regelung vielleicht Gelegenheit bieten, den nach einer Verschmelzung der bisherigen Rassen entbehrlich gewordenen Vorstandsmitgliedern und Beamten derselben ein neues Feld für ihre Thätigkeit zu eröffnen.

Durch die öfters ausgesprochene Befürchtung, es könnte nach einer Zentralisation der Rassen die Aufsichtsbehörde oder eine politische Partei einen allzu großen Einfluß auf die Leitung der einzigen Rasse gewinnen, sollte man sich nicht von der Durchführung einer Maßregel abhalten lassen, deren Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit man im Uebrigen zugestehet. Nur durch eine Zusammenfassung, nicht durch eine Zersplitterung der Kräfte können die Ortskrankenkassen Ersprißliches leisten. Wir haben in Nr. 53 dieser Blätter auf die Bedeutung freier Krankenkassenverbände innerhalb eines größeren Gebietes, wie Provinz, Bundesstaat, hingewiesen, und zu verschiedenen Malen konnte in diesen Blättern konstatiert werden, wie

die Ueberzeugung von den Vortheilen, welche sich für die Krankenkassen aus dem Zusammenschluß zu solchen Verbänden ergeben, sich in den maßgebenden Kreisen immer mehr Bahn bricht. Die Bildung von Krankenkassenverbänden wird aber unzweifelhaft erleichtert und ihre Wirksamkeit bedeutend erhöht werden, wenn innerhalb der einzelnen Gemeinde nicht eine Vielheit von Rassen vorhanden ist, sondern eine Ortskrankenkasse alle Berufe umfaßt. Die einzige allgemeine Ortskrankenkasse ist eine wesentliche Vorbedingung für einen organischen Aufbau der Krankenkassenorganisation und nicht minder für die Herbeiführung eines innigeren Zusammenhangs der drei Arbeiterversicherungszweige; sie allein wird im Stande sein, den Eckstein für das ganze Gebäude der Arbeiterversicherung abzugeben.

Verichte.

Breslau. Am Montag, den 27. August, tagte unsere regelmäßige Lokalverbandsversammlung. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und für richtig befunden worden war, verlas der Kassirer die Abrechnung vom Stiftungsfest. Die Ausgaben decken sich mit der Einnahme; Einwendungen wurden nicht erhoben. Kamerad Hahn warf die Frage auf, ob es nicht angehe, daß vom Geldüberschuß des Danziger Streiks auch ein Theil an den Lokalverband Breslau abgegeben werden könne. Kamerad Schmidt wendet sich dagegen, schließlich verzichtete die Versammlung darauf, ein dahingehendes Geisuch zu stellen. Kamerad Schneider regte die Lohnfrage an und führte dazu aus, daß in dieser Beziehung mehr wie bisher gesehen müsse, dann würde auch das Interesse am Verbands und an den Versammlungen wieder reger werden. Kamerad Schmidt pflichtet dem bei, macht aber darauf aufmerksam, daß jetzt, kurz vor Winter, irgend welche praktischen Schritte nicht gethan werden könnten. Nachdem wurde noch über unsere Agitation diskutiert.

Charlottenburg. In der am 17. August tagenden Mitgliederversammlung berichtete Kamerad Stehr über seine Agitationsstour. Wenn in einer Zeit, wie die jetzige, so führte Redner aus, einer Zeit der wirtschaftlichen Krise, Agitationsreisen unternommen werden, so sind dieselben mehr denn je nöthig. Es sei leider eine bedauerliche Thatsache, daß viele Kameraden glauben, besser zu fahren, wenn sie der Organisation den Rücken kehren; jedoch sei dies ein Beweis, daß sie ihre Gedanken nicht zu Ende denken, sonst müßten sie zu der Ueberzeugung kommen, daß es gerade in schlechten Zeiten mehr denn sonst des Zusammenhaltens aller Kameraden bedarf. Dem sei aber nicht so, und so muß die Zweckmäßigkeit der Gewerkschaftsbewegung immer wieder vorgetragen werden. Unserem Verbands immer mehr Mitglieder zuzuführen, sei der Zweck der Organisationsreisen. Uebrigens treffe obiger Satz auch nicht überall zu, denn er habe sehr gut besuchte Versammlungen gehabt. Wenn sich in Ortschaften, wo noch keine Lokalverbände bestehen, auch nicht immer unmittelbare Erfolge erzielen lassen, so sei dort doch die Anregung gegeben; denn man dürfe hierbei nicht vergessen, daß es noch eine ganze Masse Ortschaften giebt, in denen den Kameraden das Wesen der modernen Gewerkschaftsbewegung wenig oder garnicht bekannt ist. Oftmals liege es auch daran, daß sich nicht die nöthige Person am Orte fände, welche die Leitung der Organisation übernehme. Eine tüchtige Kraft am Platze sei sehr nützlich für die Bewegung. Leider fehle es überhaupt noch an agitatorischen Kräften. Es sind immer dieselben Kameraden, welche damit beauftragt werden müssen. Ist genug sind diese mit derartigen Arbeiten überhäuft und oftmals sind sie auch mit dem besten Willen nicht in der Lage, den an sie gestellten Gesuchen nachzukommen. Redner kam hierbei auf Landes- und Provinzialcomités zu sprechen, welche seiner Ansicht nach sehr zweckmäßig sind, denn er habe gefunden, daß dort, wo dieselben bestehen und auch thätig etwas thun, die Organisation verhältnismäßig besser dastehet. Auf den Nutzen der Organisation glaubte Kamerad Stehr im Weiteren nicht eingehen zu brauchen; wer noch eines Beweises bedürfe, der solle sich diejenigen Städte ansehen, wo unsere Kameraden gut organisiert sind. Er habe Ortschaften gefunden, wo 90 pSt. der Zimmerer dem Verbands angehören, da bestehen auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zum Schluß forderte Kamerad Stehr nochmals alle Kollegen auf, für den Verband zu agitieren, wo sie nur können; er erluchte auch diejenigen, welche das Zeug dazu haben, sich besser um die Agitation im Allgemeinen zu kümmern, denn unser nächstes Ziel müsse sein, alle Zimmerer der Organisation zuzuführen. In der Diskussion wurde von einigen Rednern die Frage angeregt, ob es nicht zeitgemäß sei, auch für die Provinz Brandenburg ein Comité zu bilden, da es gerade in dieser Provinz eine Menge Ortschaften gebe, welche noch nicht an's Organisiren gedacht haben. Hierzu wurde vom Kameraden Stehr als Vorsitzenden des Ausschusses die Erklärung abgegeben, daß diese Frage demnächst den Ausschuss beschäftigen und eventuell vom Berliner Lokalverband in die Hand genommen werden würde. Im „Verschiedenen“ wurde noch die Frage aufgeworfen, ob es wahr sei, daß die Zimmerer die Beschlüsse der Volksversammlung zum Bierbockst so wenig beachten. Dies mußte bedauerlicher Weise bis zu einem gewissen Grade zugegeben werden, und wurde hieran die Folgerung ge-

knüpft, daß auch in Charlottenburg unter den Zimmerleuten noch viel Arbeit in Bezug auf die Organisation zu thun ist.

Kellinghusen. Am 25. August hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Beitragsentrichtung, Delegirtenwahl und Stellungnahme zum Provinzialverbandstage; Wiederaufnahme des vom Ipehoer Lokalverband ausgeschlossener Kameraden H. Buhr; Abrechnung vom zweiten Quartal 1894 und Verschiedenes. Nachdem die Beiträge entrichtet waren, wurde als Delegirter Kamerad Nordhaus gewählt. Zum Verbandstage wurde der Antrag gestellt: „Alle Jahr mindestens einmal einen Referenten zwecks Agitation in die Provinz zu schicken.“ Sodann theilte Kamerad Buhr mit, daß im Ipehoer Lohnzettel der Passus vermerkt sei: „Lohngehalt wird nach Ueber-einkunft zwischen Meister und Gesellen gezahlt.“ Nun hatte Meister Nebendahl, bei dem er arbeitete, in Lägerdorf eine Filiale; hier stellte er Unverheiratete an. In Lägerdorf wird kein Lohngehalt gezahlt; weil er sich dies gefallen lassen habe, sei er aus dem Verbands ausgeschlossen worden. Daraufhin beschloß die Versammlung, den Kameraden Buhr mit der Bedingung wieder aufzunehmen, daß dieser Beschluß dann hinfällig wird, wenn der Lokalverband Ipehoe das Gegentheil von dem nachweist, was Buhr hier ausführte. Alsdann wurde vom Kassirer die Abrechnung vom zweiten Quartal 1894 vorgelesen; selbige ergab eine Einnahme von M. 63,94, eine Ausgabe von M. 65,08, ein Defizit also von M. 1,14. Da Keiner etwas gegen die Abrechnung einzuwenden hatte, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Im „Verschiedenen“ forderte Kamerad Bauer auf, alle noch fernstehenden Kameraden zum Verbands mit heranzuziehen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Malchin. Am 25. August hielt unser Lokalverband seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben, wurden den aus der Waggonfabrik zu Güstrow Ausgeschlossenen M. 20 aus unserer Lokalkasse bewilligt. Dann wurde beschlossen, unser dies-jähriges Stiftungsfest am 9. September in der „Zentral-halle“ in gewohnter Weise zu begehen. Hierauf wurde diese Angelegenheit dem Festcomité überlassen. Unter „Verschiedenes“ sprach unser Vorsitzender sein Bedauern darüber aus, daß in letzter Zeit wieder Sonntage hindurch gearbeitet wurde. Es schein Kameraden zu geben, denen die Woche von sechs Tagen nicht lang genug ist und die darum den siebenten Tag noch mit zur Hülfe nehmen. Diese Kameraden lassen sich allerdings in letzter Zeit nur selten in unseren Versammlungen sehen. Ob sie glauben, daß diese wenige Arbeit nicht ohne die Sonntagarbeit fertig wird? Kommt doch bald wieder die Zeit, wo tausende von arbeitslosen Kameraden auf der Landstraße liegen müssen, die froh sein würden, wenn sie in der Woche Arbeit hätten. Darum fort mit der Sonntagarbeit, sonst tragen wir noch selbst dazu bei, unsere arbeitslosen Kameraden zu vermehren.

Baugewerbliches.

Die traurigen Zustände im Baugewerbe werden auch durch den Jahresbericht 1893—94 des Charlottenburger Gewerbegerichts recht drastisch charakterisirt. Von allen Streisachen, die bei diesem Gericht anhängig gemacht wurden, entfielen: auf das Baugewerbe 329, auf Fabrikbetriebe 33, auf das übrige Gewerbe und Handwerk 302.

Ein Zeichen der Zeit. Beim Altonaer Amtsgericht sind zur Zeit in nicht weniger als 73 Fällen Termine zu Zwangsversteigerungen von Grundstücken, meistens Neubauten, angesetzt. So stehen den größeren Kapitalisten wieder größere Geschäfte und vielen Handwerkern, die für ihre Forderungen für Arbeiten an den Bauten eine Hypothek erhielten, Verluste in Aussicht. Die Arbeiter sind aber schon vor längerer Zeit mit ausgepowerten Knochen und zum großen Theil noch dazu mit leeren Taschen davongekommen.

Baueinsturz. Köln, 31. August. Im benachbarten Kalk stürzte das Gesims des im Bau befindlichen Waisenhauses ein. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet. Ein verheirateter Maurer wurde durch Zertrümmerung der Schädeldede tödtlich verletzt und dem Hospital übergeben. Ob das Unglück durch Verwendung schlechten Mörtels herbeigeführt worden, ist Gegenstand der sofort eingeleiteten Untersuchung.

Sozialpolitisches.

Ämtliche Erhebungen werden den Berliner „Neuesten Nachr.“ zufolge zur Zeit bei den von auswärts nach Berlin zugezogenen Arbeitern darüber angestellt, durch welche Gründe dieselben veranlaßt wurden, die Heimath zu verlassen und nach Berlin zu ziehen. In gleicher Weise soll auch ermittelt werden, welchen Einfluß der Zugang ländlicher Arbeitskräfte auf die Erwerbsverhältnisse der Berliner Arbeiterschaft ausübt.

Richtiger und besser wäre es schon, wenn die „maßgebenden Kreise“ sich zur Inangriffnahme einer allgemeinen Arbeitslosenstatistik verstehen wollten.

Wie die Unternehmer Ergebenheitspetitionen zusammenbringen. In den sächsischen Kohlengruben werden, wie von uns schon mehrfach erwähnt, von den Unternehmern Gegenpetitionen zur Unterschrift aufgelegt, in der sich die Unterzeichner gegen die seiner Zeit vom Verband der Bergarbeiter an den Landtag gerichtete Petition aussprechen. Trotz des Druckes auf die Berg-

arbeiter werden die Petitionsbogen nur sehr mäßig unterzeichnet, so daß die Frist des Abchlusses fortwährend verlängert wird. Auch auf dem Brückener Brückenberg-Steinföhlen-Bauverein ist, wie die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ mittheilen kann, die Frist zum Unterschriften-sammeln verlängert worden; trotz aller Mühe hat sich aber die Belegschaft vom Unterschreiben der Gegenpetition möglichst ferngehalten. Mehrere Bergarbeiter, die sich strikte weigerten, zu unterschreiben, wurden gemäßigelt. Das hindert die Verwaltung nicht, auch noch obendrein folgende Bekanntmachung zu erlassen:

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist ein nicht unerheblicher Theil unserer Belegschaft mit der Ergebnissabstimmung die hohe königliche Staatsregierung willig einverstanden (? d. Red.), nur durch den Druck, den gewissenlose professionelle Hecker (berrr! d. Red.) inmitten unserer Belegschaft auch in dieser Angelegenheit ausüben werden, lassen sich Viele abhalten, ihrer inneren Ueberzeugung Ausdruck zu geben (wirklich ?? D. Red.). Wir hoffen, daß dieselben unbeirrt und geordneten Sinnes, zu ihrem eigenen Besten handeln werden und nicht zögern, darzutun, daß sie zum Nutzen des Wertes zu arbeiten gewillt sind und die Besserung der Verhältnisse nicht in Umflucht und Auflehnung, sondern in gegenseitig geordnetem Zusammenwirken erblicken.

Arbeitersekretariat. Die Nürnberger Arbeiter-schaft hat nun, nachdem die Verhandlungen mit dem Magistrat nicht zu dem gewünschten Resultat geführt haben, beschloffen, aus eigenen Mitteln ein Arbeiter-sekretariat zu errichten. Die Vorarbeiten sind der „Frankl. Tagespost“ zufolge schon soweit gediehen, daß die i. B. gewählte Kommission demnächst einer öffentlichen Ver-sammlung Bericht erstatten wird. Alle Schwierigkeiten, sowohl was den Kostenpunkt als auch was die Personen-frage anlangt, sind überwunden.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzughalten von Barth i. B., in Bremen von den Schmidt'schen Arbeiten, besonders vom Brückenbau, in Düsseldorf von den Blägen und Bauten der „Meister“ Frank, Philipp Fuchs und Wunsch, in Ludwigs-hafen vom Kutter'schen Platz, in Wandsbel vom Koch'schen Plage und von dessen Bauten.

An die Maurer und Zimmerer von Görlich und Umgegend richtet sich ein Flugblatt, dessen Inhalt wir hier wiedergeben, damit auch anderwärts Zimmerer daraus Lehren ziehen:

Kollegen! Schon wiederholt ist an Euch Maurer und Zimmerer der Ruf ergangen: „Helft die wirth-schaftliche Lage der Bauarbeiter verbessern, kommt zu der Ueberzeugung, daß wir nur geschlossen etwas vermögen, darum schließt Euch den bestehenden Organi-sationen an!“

Leider scheinen alle diese Mahnrufe an taube Menschen gefandt worden zu sein. Beweis: die Zustände sind schlechter geworden. Wir wissen wohl, daß Ihr nur zum Theil Schuld an Eurer Unkenntniß der bestehenden Verhältnisse habt. Wir wissen, daß die Volksschulbildung gleich Null ist, daß der Arbeiter überhaupt infolge dieser halben und dazu noch einseitigen Erziehung schwer zu kämpfen hat, um sich zunächst eine eigene Meinung anzueignen, sich leider schwer in die kapitalistische Pro-duktionsweise hinein denken kann. Dies zu Eurer Ent-schuldigung.

Wir erheben aber gegen Euch den Vorwurf: Ihr habt vergessen, daß Ihr Mensch seid, daß Ihr als solcher nicht nur das Recht auf Arbeit habt, nein, Ihr habt auch das Recht, zu leben. Ihr habt vergessen, daß der Arbeiter nur einen Feind hat, den Kapitalismus. Ihr seid lau gewesen, Ihr habt den Feind aus dem Auge verloren, seid daher Eure eigenen Feinde geworden!

Ihr habt doch gewiß gefunden, daß Eure Frauen mit dem Wenigen, das Ihr des Sonnabends geben könnt, immer schlechter auskommen können, daß Eure Kleidung und Wohnung immer erbärmlicher geworden ist. Krankheiten entstehen leichter und sind nachhaltiger. Dies Alles müßt Ihr wissen, wenn Ihr noch einen Funken Liebe zu den Euren habt!

Ihr seid aber faul und feig gewesen. Hättet lieber trunkenen Rüden gemacht und geschweifelwebelt, wo Ihr den Kampf um's Dasein energisch führen solltet und müßtet! Das sind harte Worte, welche wir Euch sagen müssen, aber Ihr könnt glauben, sie sind gut gemeint und berechtigt.

Wie es nur möglich gewesen ist, daß unsere Lage immer schlechter geworden ist, daß nicht nur im Winter, nein sogar im Hochsommer eine große Arbeitslosigkeit herrscht, wollen wir Euch kurz erläutern.

Die Unternehmer betreiben doch nur das Geschäft, um zu verdienen, das ist wohl natürlich und selbst-verständlich. Jeder will aber so viel als möglich verdienen, um in kurzer Zeit den Kram bei Seite zu werfen und dann als Rentier zu leben. Dies wird ihm aber nur möglich sein, wenn er die Kräfte seiner Arbeiter auf das Heußerste antreibt und den niedrigsten Lohn zahlt. Die in allen Industrien herrschende planlose, allen Natur-gesetzen spottende Produktionsweise hat nun Zustände gezeitigt, welche man mit Krühen oder schlechten Zeiten bezeichnen. Auch im Baugewerbe sind diese Zustände vorhanden. Die Bauhätigkeit hat nachgelassen, die Arbeitsgelegenheit ist schlechter geworden. Der Unter-

nehmer will aber deswegen nicht weniger verdienen, er mag auch seine Lebensgewohnheiten nicht ändern.

Was ist die Folge? Du Maurer und Zimmerer wirst noch mehr gedrückt. Der Staat und die Stadt thun nichts, um diese Uebelstände zu beseitigen. Sie sind gezwungen, weil der Militarismus Alles verschlingt, ihre Bauten an den Billigsten zu vergeben. Nun beginnt der Tanz um den heiligen Profit. Seht Euch nur den Kasernenbau an, werden dort nicht die schlechtesten Löhne gezahlt? Habt Ihr dies nicht am Schulhaus- und Schlachthofbau gefunden?

Leider müssen wir auch konstatiren, daß es auch Arbeiter giebt, welche diesen Druck verschärfen helfen, die stolz auf ihr Geschick in der Ausbeutung der Arbeiter sind, Poliere nennen sie sich. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu schließen! Auch Ihr, die Ihr Euch noch besser dünkt als andere Arbeiter, werdet die Erfahrung machen müssen, daß Ihr zur rechten Zeit den bekannten Tritt erhaltet. Seht Euch nur die alten Maurer- und Zimmererpoliere an, Niemand mag sie beschäftigen.

Nun, Kollegen, sind denn die Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde geringer geworden? Hier ist ein „Nein“ die Antwort. Der Staat hält sich eine enorme Zahl Soldaten, welche mit ihren Ausrüstungen Millionen jährlich verschlingen.

Du Arbeiter mußt dazu das Meiste beitragen und zwar in Form indirekter Steuern. Auch wenn Du arbeitslos bist, müßt Du leben und — zahlen. Ihr seht, daß Niemand bereit ist, diese Zustände zu bessern, den Druck von uns zu nehmen. Staat, Gemeinde und Unternehmer sind gleich interessirt am Bestehen dieser Zustände, leider zu ihrem eigenen Verderben. Wir sagen, zu ihrem eigenen Verderben, und mit Recht, denn wenn eine ganze Volksklasse nicht mehr im Stande ist, ihre Existenz zu kräftigen, so wird Bruder Staat recht bald weder Steuern noch Soldaten haben, die Gemeinde nicht mehr leistungsfähig sein, der Unternehmer hat nur noch ausgezupftes Menschenmaterial als Arbeiter; dies die Folge.

Maurer! Zimmerer! Wir wollen es aber doch wohl nicht erst bis zum Heußersten kommen lassen, obwohl wir nur wenig noch zu verlieren haben. Wir wissen, daß unsere Kinder auch nur Arbeiter werden können, diesen wollen wir vorarbeiten, damit ihr Voos besser sei. Noch steht uns ein Mittel zur Verfügung, um Besserung zu schaffen, dies einzige aber wirkame Mittel heißt „Organisation“. Ihr wißt es so gut als wir Euch dies sagen können, daß hier in Görlich der Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und der Verband deutscher Zimmerleute besteht. Ihr wißt es, daß die Mitglieder ohne Unterlaß bemüht sind, Besserungen anzustreben. Diese Mühe ist nicht gleich Null gewesen. Denkt zurück an 1886. Wer hat es vermocht, daß der Lohn stieg? Nun die Organisationen waren es. Wer ist auch in diesem Jahre an die Unter-nehmer herangetreten, um eine Kürzung der Arbeitszeit herbeizuführen? Nun es waren wiederum die Verbände.

Diesem Kampf um Verbesserung Eurer wirthschaft-lichen Lage steht Ihr aber leider gleichgültig gegenüber, daher ist es auch nur möglich gewesen, daß die Ver-hältnisse in diesem Jahre so schlecht sind.

Kürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und geistige Aufrüttelung der Arbeiter ist zunächst das Ziel, das wir erstreben.

Maurer! Zimmerer! Seid doch ehrlich und gesteht, daß Ihr eine Stunde mehr des Tages gebrauchen könnt, daß auch eine Lohnerhöhung Euch sehr noth thut, daß Beweisen und Behauern Euch ja nicht zum Ziele bringt. Handeln heißt jetzt unsere Losung. Berufsgenossen, zeigt, daß Ihr Männer seid, zeigt, daß Ihr gewillt seid, ein besseres Dasein erkämpfen zu helfen. Von selbst wird nichts, das lehrt Euch die Gegenwart.

Darum schließt Euch den bestehenden Organi-sationen an, tretet Mann für Mann ein in den „Zentral-Verband deutscher Maurer“ und in den „Verband deutscher Zimmerleute“.

Steigt aus Eurer finsternen Kammer,
Aus dem dunklen Erdgeschloß,
Schüttelt ab des Lebens Jammer,
Daß sich bessere unser Voos.
Tretet ein in un're Reihen,
Schließt Euch mächtig Mann an Mann,
Daß fortan nichts mehr entzweien,
Nichts uns je mehr trennen kann.

Aus Cöpenick wird uns geschrieben: Es ist inter-essant, zu beobachten, welche Wirkung die Gründung einer modernen Organisation zunächst hat. Als 1884 die alte Gewerkstrankenkasse der Zimmerer in eine Ortsklasse um-gewandelt wurde, da bildete sich ein Zimmererverein, der aber absolut keinen ersichtlichen Zweck verfolgte; es war eigentlich nur ein „Sausverein“. Dieser „Verein“ besteht noch heute, ihm gehören noch diejenigen Zimmerer an, die noch keine Ahnung von den Aufgaben der Arbeiter haben. Einige dieser Aushverneinsmitglieder suchen sich aber auch dadurch berühmt und bei den Meistern verdient zu machen, daß sie diesen Alles hinterbringen.

Als nun ein Lokalverband gegründet wurde, da war es, als hätte hier irgendwo ein Blizstrahl gezündet. Die Meister kennen diese Vereinigungen besser als viele Zimmerer; sie wissen, daß der Verband den Zweck hat, der Ausbeutungswuth der Meister Bügel anzulegen und den Ausbeutern Respekt vor den Arbeitern einzufloßen; kurz, sie wissen, daß der Verband dahin strebt, der Menschen-würde der Zimmerer Geltung zu verschaffen. Dies steht

den Meistern nicht an, sie wollen willenlose Arbeiter haben; sie wollen unter den Zimmerern den Glauben erhalten, daß diese von der Gnade der Meister abhängen. Darum stellen sie sich unserem Verbands feindlich gegen-über.

In dieser Beziehung thut sich hier besonders ein junger Schnösel, ein „Bautechniker“, hervor, der sieben Semester die Bauschule besucht und trotzdem herzlich wenig gelernt hat. Diefem grünen Jüngling geht es wie den „schneidigen“ Offizieren, die keine Ahnung vom Regiments-erzieren haben und ihre Force im Schnarren bekunden. Genug, dieser junge Mann drohte, daß er die Verbands-mitglieder dem Staatsanwalt denunziren wollte. Diese Mittheilung hat bei Manchem ein mitleidiges Nöcheln erzeugt. Indessen stand diesem „Meister“ ein Polier kräftig zur Seite. Dieser gute Mann und schlechte Musi-kant erblickt seine Hauptaufgabe darin, auszulapponiren, wer Verbandsmitglied ist und was im Lokalverbande gesprochen wird. Dieser alte Grauschimmel sieht eben nicht ein, daß er sich durch solche Schurkenarbeit selbst mit schädigt, denn es ist klar, daß auch er demaleinst den bekannten Tritt bekommt, daß auch er nur ein Aus-beutungsobjekt bildet, daß der „Meister“ dann auf die Strafe wirkt, wenn er keinen Profit mehr damit erzielt.

Die abtornen Drohungen haben nichts! Nun ging der Meister daran, Leute zu entlassen; er entließ mehrere Wochen hintereinander Sonnabends mehrere von unseren Kameraden, und der Polier meinte dazu, diese könnten sich „Hamburger Verbandsarbeit geben lassen.“ Kurze Zeit darauf wurden durch die hiesige Lokalseitigung „tüchtige Zimmergesellen gesucht.“ Diese blieben freilich aus; was kam, war „Ausküß“. Die entlassenen Kameraden sind noch nicht verhungert, sie haben anderweitig Arbeit ge-funden und werden den rauben Boden weiter beackern. Dabei helfen solche Leute, wie der oben erwähnte grüne Jüngling und der besagte Polier, denn gerade ihre nichts-würdige Thätigkeit zeigt, wie nothwendig unser Verband ist, der glücklicherweise hier an Mitgliedern zunimmt.

Der finanzielle Dales ist nicht nur eine Eigen-thümlichkeit des „großen“ Berliner Zimmerervereins, sondern die ganze Kepler'sche Organisationsform bringt diesen mit sich. Dies zeigte erst wieder eine Versamm-lung der Stuktureure in Berlin, in der die Agitations-kommission der Stuktureure für die Zeit vom 8. September 1892 bis 8. August 1894 Bericht erstattete. Dem Bericht-erstattef Darke zufolge waren zu verzeichnen an Ein-nahme M. 281,55, an Ausgabe M. 297,75, mithin ein Defizit von M. 16,20. Die Abrechnung der Vertrauens-leute reicht bis zum 22. Juli 1894 und hatte folgendes Endergebniß: Einnahme M. 338,20, Ausgabe M. 263,84, Bestand M. 74,36. Wird nun das Defizit gedeckt, dann belägen die Stuktureure Berlins als „Kampforanisation à la Kepler“ M. 58,16 Streiffonds, und das will doch was heißen! Diesen Leuten thäte es wirklich noth, daß sie soweit „verpumpten“ und sich einem Verbands an-schließen.

Der Verbandstag der Schneider wurde am 22. August in Erfurt eröffnet. Anwesend waren 29 Dele-girte, außerdem ein Vertreter des Ausschusses, ein Ver-treter der Kommission zur Verwaltung des Streif, und des Agitationsfonds aus Braunschweig, der Redakteur der Fachzeitung und der Vorsitzende. Die letzteren Vier haben nur beratende Stimme. Dem Geschäftsbericht des Vorstandes entnehmen wir die folgenden Einzel-heiten. Der Bericht gilt für die Zeit vom 10. Oktober 1892 bis zum August 1894. In dem vorigen Geschäftsbericht wurde mitgetheilt, daß der Verband in 188 Orten 7100 Mitglieder besitzt. Jetzt besitzt der Verband in 226 Orten gegen 9000 Mitglieder, ungerichtet einer großen Anzahl, welche sich jetzt auf der Reise befindet. Neu aufgenommen wurden in dieser Periode gegen 12 000 Mitglieder, welches ergibt, daß die Mitglieder-zahl sehr fluktuirt. Der Jahresbericht ergibt eine Ge-sammteinnahme von M. 115 707,51, welcher eine Ge-sammtausgabe von M. 91 530,12 gegenübersteht, so daß ein Bestand von M. 24 177,39 vorhanden ist. Unter den Ausgaben figuriren für:

Reise-Unterstützung	M. 20 993,71
Lokalausgaben der örtl. Verwaltungen	4 463,50
Agitation	5 009,51
Fachzeitung	23 706,—
An die Generalkommission	1 825,20
Gehälter und Entschädigungen	4 353,—
An Streif-Unterstützungen	10 787,20

Die Berathung und Beschlußfassung über eingegan-gene Anträge hat keine wesentliche Aenderung an den bisherigen Einrichtungen ergeben. Als Organ des Ver-bandes bleibt die in Hamburg erscheinende „Fachzeitung für Schneider“ bestehen. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Flensburg, der des Ausschusses in Lübeck. Der bis-herige Vorsitzende Holzhäuser-Flensburg wird wieder-gewählt, ebenfalls der Kassirer Maxhite-Flensburg. Die weiteren Personen des Vorstandes und Ausschusses sind am Orte zu wählen. Der Verbandstag hält es für zweckmäßig, daß zur Erledigung der im Gewerbe auf-tauchenden öffentlichen Fragen alle zwei Jahre ein Kongreß dem Verbandstage vorauszugehen hat.

Bezüglich des Abhaltens eines Gewerkschaftskongresses ist der Verbandstag der Ansicht, daß ein solcher zur Be-rathung von Formen gegenwärtig überflüssig ist. Sollte indeß das Bedürfniß nach Regelung anderweitiger Fragen vorliegen, so hat der Vorstand nach Befanntgabe der vorgeschlagenen Tagesordnung seitens der General-kommission die weitere Beschlußfassung den Mitgliedern zu überlassen.

Der Kongress deutscher Schuhmacher fand im Anschluß an den Bekleidungs-Industrie-Kongress in Erfurt statt. Anwesend waren 43 Delegirte. Dem Bericht des Vertrauensmannes, Vock aus Gotha, entnehmen wir folgende Angaben:

Es fanden in dem Zeitraum vom 1. Juli 1892 bis zum 1. Juli 1894 32 Streiks statt, abgesehen von einer großen Zahl von Lohnbewegungen, bei welchen von vornherein Arbeiter und Unternehmer sich verständigten. Von diesen 32 Streiks verliefen 21 zu Gunsten der Arbeiter, 5 hatten einen theilweisen Erfolg, bei 5 Streiks unterlagen die Arbeiter und von einem ist das Resultat nicht bekannt. Insgesamt haben die Streiks einen Ausfall von 42 305 Arbeitstagen ergeben. In 7 Fällen war Lohnabzug die Ursache des Streiks, in 5 Fällen Maßregelung, in 18 Fällen Lohnherabsetzung und Lohnregulierung, in 2 Fällen Verfüzung der Arbeitszeit und in einem Abschaffung der Sonntags- und Logiarbeit. Beim Unterstützungsfond gingen ein M. 25 924,53, verausgabt wurden M. 24 825,04, mithin Bestand M. 1099,49.

Bekanntlich hatte der Bekleidungs-Industrie-Kongress die „Verschmelzung der Presse“ den Spezialkongressen, resp. den einzelnen Verbandstagen überlassen; der Schuhmacher-Kongress beschloß, das „Schuhmacher-Jahrbuch“ als solches bestehen zu lassen. Hiermit ist die Verschmelzung in weite Ferne gerückt. Das „Schuhmacher-Jahrbuch“ hat durchschnittlich 5000 Auflage gehabt und in der Zeit vom 1. Juli 1892 bis 30. Juni 1894 M. 32 542,14 Ausgabe erfordert.

Die fünfte ordentliche Generalversammlung des Verbandes deutscher Schuhmacher fand im Anschluß an den Schuhmacherkongress am 25. August zu Erfurt statt. Anwesend sind 33 Delegirte, einschließlic der Vorsitzenden des Zentralvorstandes und des Vertreters des Ausschusses, Vock. Dem Bericht des Vorstandes erstattet Siebert. Die Mitgliederzahl, welche am Schlusse des zweiten Quartals 1893 sich auf 8826 belief, ist bis zum gleichen Zeitpunkt dieses Jahres auf 10905 gestiegen. Im Laufe der letzten zwei Jahre wurden 57 Zahlstellen gegründet. Sodann erstattet der Hauptkassierer den Kasienbericht vom November 1892 bis August 1894. In diesem Zeitraum hat der Verband eingenommen an Eintrittsgeldern, Mitgliederbeiträgen zc. M. 56 169,66, ausgegeben M. 46 887,09, so daß ein Ueberschuß verbleibt von M. 9325,57. Unter den Ausgaben figuriren die Reiseunterstützungen mit M. 16899,73, die Agitation mit zirka M. 3000. Abgelehnt wurde die Arbeitslosenunterstützung, angenommen eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages um 5 $\frac{1}{2}$ und die Gewährung von Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten. Die Gehälter der Vorstandsmitglieder werden in der bisherigen Höhe belassen. Zum Vorsitzenden wird Siebert-Nürnberg, zum Kassierer Reuß-Nürnberg einstimmig wiedergewählt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Simon-Offenbach gewählt. Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung beendet.

Ein „christlicher Gewerksverein für Bergleute“

ist vor einigen Tagen für den Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen gegründet worden. Als Delegirte waren auf dem Kongress, der diesen Gewerksverein beschloß, neben Bergarbeitern auch katholische und evangelische Pfaffen sowie Fabrikbesitzer anwesend. Demnach ist es sehr erklärlich, wenn dort nur höchst unklare Forderungen aufgestellt wurden. Inbessern wird dieses Nachwerk kein Hinderniß für die Bergarbeiter bilden, das Stück Klassenkampf durchzukämpfen, welches in diesem Gewerbe durchgekämpft werden muß. Zu dieser Annahme berechtigen uns die Ausführungen, die auf dem Kongress von Delegirten gemacht wurden; wir wollen nur die Ausführungen eines Delegirten hier anführen. Voltes, Delegirter aus Huttrop, führte den Bericht bürgerlicher Blätter nach aus: „Auch ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß die Forderung betrefst der achtstündigen Arbeitszeit aufgegeben werde. Wenn wir Bergleute uns nicht selbst etwas erkämpfen, dann erhalten wir nichts. Bis zum Jahre 1858 genossen wir Schutz bei der Bergbehörde, heute sind wir auf uns selbst angewiesen. Wenn wir uns zusammenschließen, um unsere Lage zu verbessern, dann erblickt man darin sogleich ein Komplott. Man klagt uns an oder setzt uns womöglich auf die Straße, und Niemand fragt uns darnach, ob wir 25 Jahre zur Kasse gesteuert haben. (Beifall) Die Arbeiter finden nirgends Schutz, dies ist auch die Ursache, daß dieselben immer mehr zur Sozialdemokratie übergehen. Wir müssen daher in erster Linie bei Begründung des Verbandes die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage im Auge haben und uns auf keinerlei Versprechungen verlassen. (Lebhafte Bravo.)“

Wenn die Arbeiter in diesem zusammengeworfelten Gewerksverein ein solcher Geist befeelt, dann bleibt es von zwei Dingen nur eines: Entweder müssen die Pfaffen und sonstigen „Arbeiterfreunde“ ernstlich für die Interessen der Bergarbeiter eintreten, oder die Bergarbeiter werden durch den neuen Organisationsversuch darüber vollständig aufgeklärt, daß von der Gesellschaft nichts zu erwarten ist, und dann organisiren sie sich wieder auf eigene Faust.

Die 4. Generalversammlung des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter trat am Sonntag, den 26. August, in der „Germaniahalle“ zu Bochum zusammen. Dieselbe ward vom ersten Vorsitzenden, Ludwig Schröder, mit einem herzlichem Glück auf eröffnet. Schröder gab einen Rückblick auf die Bewegung seit 1889 und des gegenwärtig tagenden „nationalen Kongresses der evangelischen und katholischen Bergleute“. Gerade diese letztere Bewegung sei erst der diesseitigen

zu verdanken und könne nur dazu beitragen, auch diese indifferenten Massen mit der Zeit der Sozialdemokratie zuzuführen. Legien-Hamburg, der im Auftrage der Generalkommission zugegen war, richtete eine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache an die Versammlung. Der Vorsitzende Schröder erstattete hierauf den Geschäftsbericht. Im vorigen Jahre habe die Generalversammlung in Dortmund tagen müssen, da hier kein Lokal zu erhalten war. Bei den Wahlen zum Berggewerbe-gericht habe der Verband seine Kandidaten durchgebracht. Redner berichtete nun des Ausführlichen vom dem internationalen Bergarbeiterkongress zu Berlin. Dort seien das erste Mal Vertreter aus Oberhessen zugegen gewesen. Die zwei Delegirten, die bei ihrer Rückkehr gemäßigert worden seien, haben seitdem eine so rege Agitation entfaltet, daß der Verband in Oberhessen jetzt 3000 zahlende Mitglieder habe. Westfalen sei in der Agitation etwas vernachlässigt worden, zu bedenken sei aber, daß die besten Kräfte lange im Gefängniß waren. Meher als Kassierer berichtet, daß die Einnahmen M. 20 838,08 betragen, die Ausgaben sich auf M. 22 067,76 beliefen. Wegen das Vorjahr war dies eine Mindereinnahme von etwa M. 9000. Von dem vorhandenen Baarvermögen sind M. 22 000 zinsbar angelegt, wovon M. 16 000 an den Konsumverein rheinisch-westfälischer Bergleute „Glück auf“ zu Gelsenkirchen, seit dem 12. August in Liquidation, ausgehoben sind und höchst wahrscheinlich verloren gehen. Außerdem besitzt der Verband eine schuldenfreie Druckerei. Das vermeintliche Defizit gleicht sich durch vorhandene und vorräthige Waaren, wie Druchpapier, Kartons, Zeitungsfarbe, Öle usw., die bei der Lieferung sofort bezahlt sind, aus. An Außenständen für Druckerarbeiten sind noch M. 799,20 vorhanden, wovon zirka M. 300 als verloren zu betrachten sind, da die Auftraggeber zahlungsunfähig sind. Wenn wir alle Verhältnisse, die schlechte wirtschaftliche Lage usw. erwägen, so ist angehtlich des Kasienberichts keinerlei Veranlassung, an der Ertüchtensfähigkeit des Verbandes zu zweifeln.

Als Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission berichtet Bunte-Dortmund, daß 39 Mandate als richtig anerkannt worden seien. Außerdem sind einige Vertrauensmänner ohne Mandate als Vertreter ihrer Zahlstellen anwesend, so daß im Ganzen 53 Delegirte anwesend sind. Von den oberhessischen Sektionen ist beantragt, eine Zeitung in polnischer Sprache herauszugeben. Schröder und Meher erklären sich dafür, wenn nur genügend Abnehmer vorhanden seien. Dietrich-Wickern und Mühlens-Essen treten ebenfalls für diesen Antrag ein. Außerdem wird noch der Antrag gestellt, das Verbandsorgan in größerem Format herauszugeben. Meher beantragt, das polnische Organ herauszugeben, wenn innerhalb vier Monate 4000 Mitglieder sich gefunden hätten. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf eine Anfrage Legien's, wie der Verband sich zur Generalkommission stelle, wird der Beschluß gefaßt, daß der Vorstand in Zukunft verpflichtet sein soll, Beiträge regelmäßig an dieselbe abzuführen.

Der Zimmererstreik in Malborg in Dänemark, der seit dem April d. J. andauerte, ist nun beigelegt. 26 von den 28 Zimmermeistern der Stadt haben die Forderungen der Gesellen erfüllt. Um zu verhindern, daß die Meister vorzugsweise Lehrlinge beschäftigen, ist bestimmt worden, daß Lehrlinge nicht mehr als 18 DERE pro Stunde erhalten dürfen, wodurch ein übermäßiger Andrang von Lehrlingen verhindert wird. Im Uebrigen ist ein Stundenlohn von 35 DERE pro Stunde (40 $\frac{1}{2}$), für Ueberstunden 45 DERE und für Nacharbeit (nach 9 Uhr Abends) 66 DERE pro Stunde festgesetzt.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat im ersten Halbjahr 1894 für Streiks Frs. 59 698 ausgegeben. Auf die größeren Streiks entfallen: Schreiner in Zürich Frs. 24 690, Maler in Zürich 12 850, Uhrmacher in Vettlach 6516, Schneider in Bern 6800, Schuhmacher in Olten Frs. 2977.

Am 1. Juli hatte die Reservekasse einen Vermögensbestand von Frs. 1977 und die Verwaltungskasse einen solchen von Frs. 3762.

Die Diskussion über die Züricher Streikampagne dauert fort. In zwei von den Genossen Konzett, Beck und Monz unterzeichneten Artikeln, welche in der „Arbeiterstimme“ erschienen sind, kommen sie zu folgenden Schlüssen: Die Arbeitermasse erwärmte sich nicht für die Sache der Streikenden, nur aus einzelnen Berufskreisen ist wirklich große Unterstützung geflossen. Da die meisten der Fabrikarbeiter noch den Eifstundentag mit vielen Ueberzeitleistungen haben, so muß zunächst der Normalarbeitstag im eidgenössischen Fabrikgesetz von 11 auf 10 Stunden reduziert werden; dann hat die Avantgarde Aussicht auf Verwirklichung des neunstündigen resp. achtsündigen Normalarbeitstages. Zur Erreichung dieses Zieles sollen der Gewerkschaftsbund, der Grüllverein, die sozialdemokratische Partei und der Arbeiterbund gemeinschaftlich vorgehen. Die Thatsachen lehrten, daß nur noch ganze Berufskreise und Distrikte umfassende Streiks Aussicht auf Erfolg haben. Auf je einen Punkt sollen nach dem Fallelichen Wahlpruch jeweilen alle Kräfte konzentriert werden. Die politische Bethätigung gewinnt für Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen immer mehr an Bedeutung. Die Fragen der obligatorischen Berufsgenossenschaften oder die Ertheilung gesetzlicher Rechte an die Gewerkschaften sollten von der Gesetzgebung gelöst werden. Das Bundescomité des Gewerkschaftsbundes soll eine Erweiterung erfahren dergestalt, daß Vertreter der Hauptindustrie und Gewerbebranchen wie auch der verschiedenen Gegenden der Schweiz

in dasselbe gewählt werden, welche, das engere und das erweiterte Comité, neben regelmäßigen Sitzungen auch außerordentliche abhalten sollen vor Beginn jeder größeren Aktion. Ferner sollen die leitenden Comités des Grüllvereins und der sozialdemokratischen Partei vor jeder größeren Aktion um ihre Zustimmung ersucht werden, da man ja auch ihre Hilfe beansprucht. Ein zukünftiges ständiges Sekretariat sollte förmlich Buch führen über die Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Branchen, so daß man wüßte, wo Abhilfe am dringendsten und auch möglich ist.

Diese Ausführungen mögen ganz gut gemeint sein, ob sich aber alle gethanen Vorschläge verwirklichen lassen, ist eine zweite Frage. Uns hat die Erfahrung bisher gelehrt, daß die „Streikregelungen“ die Gewerkschaftsorganisation geradezu todt „regeln“.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Einer der famosen Arbeitskontrakte im Bau-sach bildete die Ursache zu einer Anklage wegen verurtheilter Erpressung und Sachbeschädigung, welche in Berlin vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts I gegen den Töpfergesellen Carl Dilitzsch zur Verhandlung gelangte. Der Angeklagte erhielt am 19. April d. J. bei dem Töpfermeister Scheffel Auftragsarbeit. Zunächst wurde ihm aufgegeben, eine Maschine in einem Neubau in der Köpenickerstraße zu setzen. Dilitzsch mußte, der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, schriftlich anerkennen, daß er einen Anspruch auf den vereinbarten Arbeitslohn erst nach Fertigstellung der Maschine habe (!). Sein Glend trieb den Angeklagten am Sonnabend Nachmittag aber in's Komptoir des Scheffel; er bat um Rückschut, da er Frau und vier Kinder zu ernähren habe und völlig mittellos sei. Der brave Töpfermeister bestand natürlich auf seinem Schein und wies ihn auf Grund der „Abmachung“ ab. Dilitzsch gerieth in sehr begreiflicher Erregung, er verlangte sofort sein Arbeitsbuch und erklärte, daß er nicht weiter arbeiten wolle. Er erhielt den kalten Bescheid, daß er das Buch erst am Montag früh holen könne, jetzt habe er das Komptoir zu verlassen, da die Löhnung erfolgen solle. Der Angeklagte schloß nun dem Scheffel gebroht haben, daß er ihn niederstechen würde, wenn er ihn trafe und daß er sein Verhalten im „Vorwärts“ veröffentlichen werde. Da im und vor dem Komptoir über 100 Töpfer auf die Lohnzahlung warteten, von denen der größte Theil selbstverständlich Solidarität übte und für den Angeklagten Partei nahm, so hielt Scheffel seine und seines Buchhalters Lage für bedrohlich. Scheffel beging zu allem Anderen noch die Thorheit und lud vor den Augen der Leute seine Revolver! Wie immer bei solchen Affären, so erschien auch in diesem Fall eifertig die herbeigerufene Schuhmannschaft, die in ihrer Weise die Aufregung dämpfte. Am darauffolgenden Montage wurde die halb-fertige Maschine sowie ein Fen in Nebenraume während der Vesperstunde völlig zertrümmert. Da der Angeschuldigte auf dem Neubau gesehen worden war, so schob man auch ihm diesen Mordakt zu. Diese That bestritt der Angeschuldigte entschieden; er sei nur auf dem Neubau gewesen, um sein Arbeitszeug zu holen. Staatsanwalt Nothardt hielt den Angeklagten durch die Beweisnahme beider Straftaten für überführt, er beantragte eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten nur vor verurtheilter „Erpressung“, nicht aber der Sachbeschädigung für überführt. Aber allein die erstere, unter den obwaltenden Umständen nur zu begreiflich erscheinende Handlung, wurde von den Berufsrichtern der zweiten Ferien-Strafkammer für so gefährlich erachtet, daß dafür allein auf eine Strafe von sechs Monaten erkannt wurde!

Der Bürger Schuhmacherstreik hatte am 22. August noch ein Nachspiel vor dem dortigen Schöffengericht. Es wurde gegen die „Uebelthäter“ verhandelt, die sich „unbefugter“ Weise in der Nähe von Fabriken aufgehalten hatten. Von Polizeiwegen war seinerzeit ein diesbezügliches Verbot erlassen worden. Vierzig Personen sollten gegen diesen Uas gesündigt haben und hatten sie deswegen Strafmandate von je M. 6 zugefand erhalten. Gegen diese hatten sämtliche Beteiligten gerichtliche Entscheidung beantragt. Vor Beginn der Gerichtsverhandlung erreichte der Vorsitzende, daß 16 Betheiligte den Widerspruch zurücknahmen, während 24 auf der gerichtlichen Entscheidung bestanden. Diese fiel gegen sie aus: Der Gerichtshof erkannte, daß ein Aufenthalt „in der Nähe von Fabriken“ auch dann angenommen werden müsse, wenn die Betreffenden von ihrem Standpunkte aus die Eingänge der Fabriken beobachten können, daß eben die Gründe für den Aufenthalt bei der Entscheidung außer Betracht bleiben müssen. Der Aufenthalt sei nicht gestattet, die Angeklagten hätten sich der Aufforderung, sich zu entfernen, fügen müssen. Ob die Verordnung zweckmäßig sei oder nicht, unterliege nicht der Entscheidung des Gerichts. Das Urtheil lautete für jeden Einzelfall auf M. 6 Geldstrafe bzw. 2 Tage Haft.

Der ambulante Gerichtsstand der Presse. Vor der Strafammer des Landgerichts Magdeburg stand am Freitag der Redakteur Dr. Paul Liman unter der Anklage der Beleidigung des Reichskanzlers Grafen Caprivi. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängniß beantragt! Der Prozeß endigte jedoch mit der Freisprechung Liman's, weil seine Autorschaft nicht hinreichend nachgewiesen sei. Von grundsätzlichem Interesse für die Presse ist der Prozeß dadurch, daß sich das Magdeburger Gericht überhaupt zuständig erklärt hat, und zwar deshalb, weil

durch die Postbehörde nachgewiesen sei, daß die „Deutsche Wacht“ auf dem Wege des Postdebits auch nach Magdeburg gelangt und deshalb der Reichskanzler durch den inkriminierten Artikel der in Dresden erscheinenden „Deutschen Wacht“ auch im Bezirk des Magdeburger Gerichts beleidigt sei; da nun Dr. Liman als Verfasser des Artikels gelte, so müsse er sich gefallen lassen, seinen Gerichtsstand auch in Magdeburg nehmen zu müssen. — Es bleibt also hiernach dabei, daß jeder deutsche Zeitungredakteur aus Bayern in Schleswig und aus Ostpreußen in Baden verurteilt werden kann, wenn sein Blatt dort „zur Verbreitung gelangt“ ist! Als das Preßgesetz gemacht wurde, erklärten die Juristen, es sei undenkbar, daß auf Grund desselben ein ambulanten Gerichtsstand der Redakteure eingeführt werden könne. Das Unmögliche aber ist möglich geworden, so daß sich der Reichstag der dringenden Pflicht nicht mehr entziehen kann, durch ein verbessertes Preßgesetz die Interessen der Presse zu sichern.

Wieder ein neues Polizeistückchen in Sachsen.
Die Leipziger Amtshauptmannschaft erläßt folgende Bekanntmachung: „Nachdem die unterzeichnete königliche Amtshauptmannschaft in letzter Zeit wiederholt wahrzunehmen gehabt hat, daß dem von ihr mittels Bekanntmachung vom 15. Dezember 1890 unter Androhung von Geldstrafe bis zu M. 150 oder entsprechender Haft erlassenen Verbote der Veranstellung öffentlicher Sammlungen ohne vorherige polizeiliche Genehmigung zuwider gehandelt wird, nimmt man Veranlassung, dieses Verbot hiermit nachdrücklich einzuschärfen, mit dem Hinzufügen, daß unter dem Begriff der Veranstellung einer öffentlichen Geldsammlung auch der Verkauf bezw. Vorverkauf von Eintrittskarten, Theilnehmerabzeichen, Programmen zc. fällt.“

Arbeiterversicherung.

In Deutschland noch nie dagewesen dürfte es sein, daß die gesammte Einwohnerschaft, ja die „Honoratioren“ einer Stadt eintreten für die streikenden Arbeiter in ihrem Orte. Dieses Un glaubliche hat sich ereignet und zwar in G ü s t r o w. In unserer neulichen Notiz über den Stand des Streiks bemerkten wir bereits, daß die Sympathien der Bevölkerung auf Seiten der Streikenden sind. Die „Volkszeitung“ ist nun in der Lage, die folgende Erklärung zu veröffentlichen, welche der Bürgermeister S ü ß e r o t, Landbaumeister und Fabrikinspektor Hennemann, Domprediger Wilhelm, Oberlehrer Dr. Erzgräber und Kaufmann Krause an die Einwohner von G ü s t r o w gerichtet haben. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Zum Streik unserer Waggonfabrik erscheint es uns Ehrentsache aller billig Denkenden, zunächst gegen die augenscheinlich auf einseitiger Auffassung und ungenügender Sachkenntnis beruhende Kritik der Presse öffentliche Verwarnung einzulegen und dies nicht allein den Arbeitern zu überlassen. Ob der Streik vom Zaun gebrochen oder nicht, vielmehr, wie inzwischen bekannt geworden und bei einem opfervollen und im Ausgange ungewissen Streik von vornherein nicht unwahrscheinlich, die Folge anhaltender, nicht erhörter, ob berechtigter oder unberechtigter Beschwerden seitens der Arbeiterschaft ist, konnte eben nur genaue Sachkenntnis entscheiden. Um so mehr hätte vorschnelle Parteinahme in unserer führenden Presse vermieden werden müssen, wie sie aus derselben leider auch in andere Blätter unseres Landes übergegangen ist. Der G ü s t r o w e r Einwohnerschaft liegt sicherlich das Wohl und Wehe einer anständigen Arbeiterschaft von 300 Mann, größtenteils mit Familien, mindestens ebenso sehr am Herzen, als das Interesse einer auswärtigen Unternehmerschaft. Diese Einwohnerschaft wird nach näherer Erkenntnis ganz unparteiisch über den Streik urtheilen. Durch das Vorgehen der Fabrikleitung ist indessen solche rein sachliche Beurtheilung in höchst bedauerlicher Weise erschwert. Wenn die Fabrikleitung durch Maueranschlag und Zeitungsinserate vom 16. bekannt gegeben hat: Diejenigen Arbeiter, die bis längstens morgen (Freitag) früh 8 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben und aus dem Holzarbeiter- und Metallarbeiterverbände ausgetreten sind, werden unweigerlich nicht wieder eingestellt — so erscheint letztere Zumuthung einer höher stehenden und der Unmündigkeit entwachsenen Arbeiterschaft gegenüber unhaltbar. Das Gesetz gewährleistet und die öffentliche Meinung in großem Umfange begünstigt das Koalitionsrecht der Arbeiter als den wirksamsten Schutz gegen die überlegene Macht des großkapitalistischen Unternehmens. § 152 der Gewerbe-Ordnung hebt ausdrücklich alle Verbote und Strafbestimmungen gegen derartige Vereinigungen auf; ein mit großer Mehrheit gefaßter Reichstagsbeschluss beantragt, diesen Verbänden juristische Persönlichkeit zu verleihen und die Leitung einer Fabrik von 300 Arbeitern verlangt in schroffster Form den Austritt aus diesen Verbänden. Sie verlangt diesen Austritt und sofortige Beendigung des Streiks, ohne ihrerseits irgend welche Gegenleistung, die Abstellung irgend welcher Beschwerden zu versprechen, ja noch unwiderlegter Angabe, ohne die Beschwerdeführer gehört zu haben. Jene Forderung bedeutet somit das Verlangen der einseitigen Waffenauslieferung zweier streikenden Parteien, und kein billig Denkender wird es den Arbeitern verdenken, wenn sie auf eine solche Forderung nicht eingehen. Möge die Direktion auch der Ansicht dieses Theiles der Einwohnerschaft Rechnung tragen, möge sie namentlich den in aller Form vorgetragene Wünsche ihrer Arbeiter wenigstens Gehör schenken und das Ihrige thun, um nach Erfüllung wirklich berechtigter Forderungen endlich den allen Theilen am Herzen liegenden Frieden wieder herzustellen. Das

zu beanspruchen, haben nicht nur die Arbeiter, hat auch unsere ganze Einwohnerschaft für eine seit Jahrzehnten bestehende, von tüchtigen Bürgern unserer Stadt gegründete Anlage volle Berechtigung. Sorgen wir, daß nicht mit unserer Haltung zur Sache die Sozialdemokratie mit ihrer Behauptung von der „einen großen reaktionären Masse“ in diesem Falle Recht zu haben scheint. Zu einem etwa von den streitenden Parteien gewünschten Vermittelungsveruch erklären wir Unterzeichneten, als auch einzeln uns bereit.“

Wenn in diesem Falle sich das Wort von der „einen reaktionären Masse“ nicht bewahrheiten sollte, nun, desto besser für die genannten Herren. Im Uebrigen ist durch die Erklärung jedenfalls das Eine bewiesen: nämlich, daß der Streik ein vollkommen gerechtfertigter ist.

Eine anständige Summe zu Verwaltungskosten gebraucht auch die Versicherungsanstalt der Südwestdeutschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. Dieselbe hat im Betriebsjahre 1893 für Renten M. 40 931,54 und an Verwaltungsstellen M. 21 380,13 verausgabt. Also jede Mark, bevor sie zur Auszahlung kommt, kostet etwa 50 %. Dazu kann man allerdings kaum lachen.

Vermischtes.

Die erste telegraphische Depesche. Die erste Telegraphenlinie ist 1794 zwischen Paris und Lille von dem französischen P hy s i c i e r Claude Chappe hergestellt worden. Natürlich handelte es sich dabei nicht um den heutigen elektrischen, sondern um den alten optischen Telegraphen, bei dem auf der ganzen Strecke eine größere Zahl von Stationen (zwischen Paris und Lille 22) derart vertheilt waren, daß jede Station die nächstvorhergehende und nächstfolgende sehen konnte. Jede Station bestand aus einem Signalfenster mit einem hoch über das Dach emporragenden Signalmaste; letzterer trug drei bewegliche, vom Innern des Hauses aus verstellbare Arme, mit welchen sich eine Reihe bestimmter, verabredeter Figuren bilden ließen; gab man nun den Figuren die Bedeutung von Buchstaben und Ziffern, so konnte man beliebige Wörter, Sätze zc. von Station zu Station weitertelegraphiren. Die erwähnte Telegraphenlinie Paris-Lille wurde im August 1794 fertig und vor jetzt 100 Jahren, am 29. August 1794, zur Uebermittlung der ersten telegraphischen Depesche benutzt, indem man von Lille nach Paris die Einnahme der Stadt und Festung Condé durch die Truppen der französischen Republik meldete. Die Depesche brauchte zum Durchlaufen der rund 30 geogr. Meilen langen Linie kaum 20 Minuten (eine für damalige Verhältnisse außerordentlich große Geschwindigkeit) und wurde beim Eintreffen dem Konvent übermittelte, der sofort beschloß, Condé solle von nun an „Nordlibre“ heißen, und die Erklärung hinzufügte, „daß die Nordarmee nicht aufhöre, sich um das Vaterland verdient zu machen.“ Beschlus und Erklärung sollten unmittelbar wieder durch den Chappes'chen Telegraphen nach Lille und von da durch Eilboten nach Nordlibre befördert werden. Unter gespanntester Aufmerksamkeit einer großen Zuschauermenge begannen die Signalarmer auf dem Louvre (der Pariser Anfangsstation der Telegraphenlinie) zu spielen, und nach kaum 1/4 Stunde konnte Chappe dem Konvent die Rückmeldung seines Korrespondenten in Lille übergeben, daß die Depesche richtig angekommen und der Eilbote abgefanndt sei.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Benthstraße 2).

Die Nr. 31 vom 30. August hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Der Mangel an landwirthschaftlichen Arbeitern. (Aus dem Osten Preußens.) — Der dritte galizische Parteitag. — Bellamy's Dr. Veete und Eugen Richter. — Marx und Lassalle. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Sozialstatistisches. — Sozialdemokratische statistische Irrlehren. III.: Berufstätigkeit. — Dr. David, Landagitation. IV.: Wie lebt der kleine Bauer? — Der Bekleidungsindustrie-Kongress. — Aus der Schuhmacher-Bewegung. — Der Lebensgang von Eugen V. Debs. — Gewerkschaftliches. — „Der Sozialist“. — Todtenliste. — Literatur.

„Die Zeitschwingen“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Verlag von Josef Veraneck, Reichenberg (Böhmen), Friedländerstr. 12. Preis vierteljährlich M. 1,20. Das soeben erschienene Heft 8 enthält längere Abhandlungen über: Ferdinand Lassalle, gesellschaftliche Zustände im Mittelalter, der Geist in der Natur u. A. m.

„Die Wohlfahrt“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag von Josef Veraneck, Reichenberg (Böhmen), Friedländerstr. 12. Abonnementspreis pro Jahr M. 3. Das soeben herausgegebene Heft 8 bringt Artikel über: Die aktive und die passive Bewegung als Heilmittel der Naturheilkunde. — Die Diphtheritis (Fortsetzung). — Die sogenannten Heilmittel. Von Dr. med. Fr. Prager. — Was leistet die Medizinalwissenschaft? Was leistet die Naturheilkunde? (Schluss.) Von G. L. Michel u. A. m.

Ein neuer Quell der Volksbildung. Der Wohlhabende hat Zeit und Mittel, seinen Kenntnissen eine abgerundete Form zu geben, der Arbeiter muß sich jede Minute stehlen, um sich Kenntnisse an-

zueignen, er kann sich nicht über jede Frage der Gelehrte, Geschichte, Sozial- und Naturwissenschaft ein Buch anschaffen, geschwehe denn es lesen. Es fehlte daher ein Nachschlagebuch für alle Gebiete des Wissenswerthen. Ein solches ist nun in dem Verlage von W o l k e n s t e i n & K o. in Nürnberg unter dem Titel „V o l k s l e x i k o n“ erschienen und von Manuel B u r m unter Mitwirkung namhafter Fachschriftsteller herausgegeben worden. Das Werk liegt jetzt bis zu Heft 11 vor und gestattet somit ein, wenn auch nicht abschließendes, so doch über Anlage und Durchführung ausreichendes Urtheil.

Wenn man einen Blick auf die Entwicklung der Encyclopädien wirft, so findet man, daß sich seit dem Jahre 1772, wo das grundlegende „Nachschlagebuch“ von Diderot, L'Allembert u. A. fertig vorlag, bis zur letzten Ausgabe des Meyer und Brockhaus wenig geändert hat. Wohl ist die Menge des gebotenen Materials zu üppiger Fülle geblieben, aber in dem Charakter sowie in der hauptsächlichlichen Anordnung des Stoffes hat sich nichts verbessert, eher Manches verschlechtert. Unsere „Encyclopädien“ oder „Konversationslexika“, wie wir sie jetzt nennen, stehen in allen Fragen, die soziales und politisches Gebiet berühren, nicht mehr auf der hohen Warte der Materialisten des 18. Jahrhunderts; sie sind ganz und gar der kapitalistischen Gesellschaft auf den Leib zugeschnitten. Ein Blick auf alle Artikel über die Arbeiterbewegung, sowie über den Lebenslauf sogenannter großer Männer, wie Bismarck, Kaiser Wilhelm I. zc. beweist, daß unsere „Konversationslexika“ in dem Milieu der bestehenden Klassen entstanden sind. Nicht nur des hohen Preises wegen sind sie für die Arbeiterklasse ungeeignet, sondern ihres zum Theil wissenschaftlich werthlosen und tendenziösen Inhalts wegen. Der ganze Wust von Hof- und Staatsgeschichten, Biographien, literarischer und kunstschriftlicher Abhandlungen u. dergl. hat zunächst für die Arbeiterklasse keinen Werth. Auf ihrem Kampfboden hat sie sich vorerst diejenigen Kenntnisse anzueignen, die ihr als Kampfmittel dienen sollen. Das sind vor Allem positive Wissenschaften in Natur- und Sozialwissenschaft, Gesetzeskunde, Geschichte und Sozialpolitik. Die Kenntnisse in diesen Dingen bilden das Fundament der Bildung, welche der Arbeiterklasse Macht verleihen kann. Sie muß ihren Gegnern an sozial-politischer Bildung nicht nur gewachsen, sondern überlegen sein. Dazu scheint uns das „Volksexikon“ in erster Linie geeignet zu sein, sowohl der Form als dem Inhalt nach. Noch heute bewegen sich unsere „Lexika“ formell in dem Geleise der Encyclopädisten. Aber während Diderot mit seinem typisch gewordenen System des „renvoier“, der Hinweisungen von einem Artikel auf den anderen, den vernünftigen Zweck verfolgte, sein Bündel scharfer Pfeile einzeln und nach verschiedenen Richtungen hin abzuschließen, hat sich dieses System bei uns ohne Sinn und Zweck fortgepflanzt. Mehr zur Bequemlichkeit der Verfasser als der Leser. Mit einem kräftigen Fluche hat gewiß schon mancher Leser so ein Lexikon bei Seite geworfen, wenn er, wie es zum Beispiel bei dem Artikel „Arbeiterfrage“ der Fall ist, wegen der „Arbeitergilden“ auf „Gewerkvereine“, wegen „Arbeiterreflexariat“ auf „Arbeitsämter“, wegen „Arbeitsbüroe“ auf den Artikel „Arbeitsnachweisung“ hingewiesen wird und so schließlich fünf bis sechs Bände und noch mehr durchblättern muß. Dieser Lebensstand ist soweit angängig, bei dem „Volksexikon“ vermieden worden. Der Leser findet darin eine zusammenhängende, erschöpfende Darstellung eines Hauptbegriffes durch Anreihung aller unter ihn fallenden Nebenbegriffe. So z. B. in dem Heft 7 über Arbeit (in volkwirthschaftlichem Sinne). Man findet in diesem Artikel eine streng wissenschaftliche kurze Darstellung aller der zahlreichen Wirkungen, welche aus der Arbeit resp. dem Verkauf und Kauf der Arbeitskraft hervorgehen. Alle ihre Beziehungen, auf Rohmaterial, Arbeitsmittel, Werth, Arbeitszeit, Waare, Geld, Kapital, ferner die historische Gestaltung des Arbeitsprozesses, Eigenproduktion, Handwerk, Manufaktur, Fabrik, Theilung und Intensität der Arbeit, alles dies findet sich im Zusammenhang gemeinverständlich erläutert. Das Heft 7 enthält eine solche Fülle sozialpolitischer Materials in gedrängtem Raume, wie kaum eine unserer zahlreichen Broschüren. Es seien hier nur noch erwähnt die Artikel: Arbeiter, mit den statistischen Arbeiten über die in den verschiedenen Gewerbegruppen beschäftigten Arbeiter und Kinder, ferner Arbeiter-Ausschüsse, Arbeiterinnen-Bewegung, Arbeiterschutz (Machtbewegung), sowie der sehr interessante Artikel über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Deutschen Reich, der im Heft 8 seinen Abschluß findet. Denen reihen sich die Arbeiterschutzgesetze in den anderen europäischen Ländern an; das Heft 9 enthält längere Artikel über Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeiterwohnungsfrage, Arbeitsamt, Arbeitslohn uhm. Es fehlt uns der Raum, die Vorzüge des „Volksexikons“ nach allen Seiten hin zu würdigen. Thatsache ist, daß dasselbe ein mächtiges Bildungs- und Kampfmittel für die deutschen Arbeiter sein wird, die hier zum ersten Male ein Staatswörterbuch des Proletariats in die Hand bekommen, das ihnen vielleicht so gute Dienste im Kampfe gegen Unterdrückung und Rechtlosigkeit leistet, wie die alte Encyclopädie der Diderot und L'Allembert der aufstrebenden Bourgeoisie.

Möge daher Jeder, dem es möglich ist, aus diesem frisch erschlossenen Quell wahrer Volksbildung schöpfen; er wird gekräftigt und erquid die Reihen der Kämpfer verstärken und so sein Theil zum Siege des Sozialismus beitragen können.

Bekanntmachungen

der
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(Eingeführte Hülfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Vom 1. bis 31. August erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen:

- Altenburg M. 200, Barmen 40, Bahrenth 12,29, Berlin I. Bez. 800, Berlin II. Bez. 400, Berlin III. Bez. 400, Bremen 8,20, Breslau 100, Charlottenburg 250, Cöpenick 70, Dödenhuden 100, Dresden II. Bez. 200, Düsseldorf 100, Frankfurt a. M. 200, Geestemünde 150, Hagen 1,78, Halle a. S. 100, Hamburg I. Bez. 140, Hamburg II. Bez. 200, Hamburg IV. Bez. 250, Hamburg-Eppendorf 111,99, Hamburg-Georgswerder 5,91, Hamburg-Hamm und Horn 100, Hannover I. Bez. 150, Hannover-Linden 200, Harburg 300, Kaff 50, Köln a. Rh. 250, Königsberg 100, Langenbiebich 100, Lebe 50, Lübeck 230, Mannheim 300, Pöiezhausen 100, Rixdorf 200, Rostock 200, Schröd 100, Stettin 300, Tiffin 50, Verden 100, Wandsbek 150. Summa M. 6870,17.

Zuschüsse erhielten die örtlichen Verwaltungen:
Widlingen M. 25, Bernburg 50, Elbing 50, Flensburg 60, Gelsenkirchen 45, Insterburg 150, Saage i. M. 100, Schöneberg 100, Steinbek 60, Stuttgart 100, Wandsbek 80, Worms 52. Summa M. 872.

J. Wirth, Hauptkassirer,

Hamburg-Eilbek, Jungmannstraße 22.

Gelder sind nur an Obigen zu senden.

Achtung, Kassirer!

Der Bücherabschluss für das 3. Quartal muß unter allen Umständen am 30. September erfolgen. Alle Einnahmen und Ausgaben, die nach diesem Tage gemacht werden, müssen für das 4. Quartal gebucht werden.

Da die Hauptkasse am gleichen Tage abschließt, so müssen die noch etwa an diese zu sendenden Gelder so frühzeitig abgehandelt werden, daß sie spätestens am 30. September in die Hände des Kassirers gelangen, anderenfalls müssen diese für das 4. Quartal verrechnet werden.

Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 16. bis 18. Juli d. J. muß die Extrasteuer im ersten Monat des Quartals entrichtet resp. eingezogen werden.

Rechnungsabschluss für das 2. Quartal 1894.

Einnahme.

Zinsen.....	M.	238,50
Eintrittsgelder.....	"	1922,50
Beiträge.....	"	62681,96
Verlagsleistungen Dritter.....	"	268,81
Sonstige Einnahmen.....	"	1843,41
Summa...	M.	66955,18

Ausgabe.

Medizinische Behandlung.....	M.	8267,77
Arznei.....	"	6015,64
Krankengelder.....	"	26142,09
An Angehörige der Mitglieder.....	"	381,—
An Wöchnerinnen.....	"	135,—
Sterbegelder.....	"	2338,—
Kur- und Verpflegungsgelder.....	"	3053,06
Zurückbezahlte Beiträge und Eintrittsgelder.....	"	29,81
Verwaltungsstellen.....	"	5501,26
Sonstige Ausgaben.....	"	306,09
Summa...	M.	52169,72

Abschluß.

Einnahme.....	M.	66955,18
Ausgabe.....	"	52169,72
Gewinn.....	M.	14785,46
Vermögen aus vorigem Quartal.....	"	58092,99
Gesamtvormögen.....	M.	72878,45

Die Zahl der Mitglieder betrug am
1. April: 1. Mai: 1. Juni: 1. Juli:
8592. 8774. 8874. 8921.

Neue Verwaltungsstellen wurden errichtet in:
Münster i. W., Kassirer B. Vespermann, Friedenstr. 9;
Sand b. Cassel, Kassirer Chr. Bernhardt; Flensburg,
Kassirer F. Peterfen, Schulgasse 6; Sodan b. Calmünster,
Kassirer J. Kirchner.

Die Zahl der Verwaltungsstellen beträgt 187.
Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Abs. 4 wurden:
18211 (18211), 1. Kl., Wilhelm Leiber, geb. 27. Februar 1871
in Herrendorf.
18480 (5981), 1. Kl., Albert Kaslowste, geb. 15. August 1866
in Gurdzen.
19661 (2127), 2. Kl., Paul George, geb. 28. Juli 1865 in
Neudorf.
19665 (564), 2. Kl., Albert Krause, geb. 24. Januar 1842
in Berlin.

Der Vorstand.

Quittung

der Hauptkasse des Verbandes deutscher Zimmerleute über eingegangene Gelder in der Zeit vom 1. bis 31. August 1894.

Gesandt sind: Von Ahrensböck M. 40,95, Altona 50, Brintum 34,80, Breslau 131,27, Boizenburg 25,41, Bülow 58,87, Bremen 388,04, Crivitz 23,50, Cassel 14,91, Cannstatt 15,02, Cöpenick 10, Dirschau 30,30, Duisburg 49,97, Dortmund 16,30 u. —, Elmshorn 52,26,

Flensburg 243,93, Flottbek 147,32, Frankfurt a. M. 32,13, Gelsenkirchen 32,48, Heidelberg 21, Hamburg, 3. Bez. 100, 7. Bez. 100, 8. Bez. 50, 9. Bez. 60, Herne 30, Hilbesheim 41,50, Jener 4,90, Karlsruhe 1,50, Lebe 100, Lübz 46,76, Lottstedt 66,20, Lübeck 135,41, Ludwigslust 29,75, München 2,64, Neumünster 65,87, Neuruppin 5,95, Ohlau 4,65, Pasewalk 13,96, Pirmasens 16,23, Rüdow 19,21, Rostock 42,24, Salungen 5, Schweidnitz 7,20, Stargard i. P. 49,43, Stralsund 89,81, Scharaan 30,80, Stettin 100, Uelzen 40, Walkrode 19,90, Wittenburg 34,02, Weißensee 23,06, Wittenberge 92,26, Wülhausen i. Clf. 61,80, diverse Einzelzahler 189,45.

An zuviel erhaltener Reiseunterstützung sandten zurück: G. Sorge M. 1,50, A. Lühr —, 50, C. Fleckner —, 50, F. Duwe —, 50, B. Prätich —, 50, F. Steinert 3,—, G. Bartels 3,—, D. Wittcher —, 50, F. Ruhn —, 50, F. Ringer 3,—, Chr. Müller 1,—, G. Oberländer 3,50, F. Schulz —, 50.

Achtung, Lokalkassirer!

Das Mitglied **A. Thalau**, Buch-Nr. 16230, geb. am 19. 12. 44 zu Königsberg, wurde im Sommer 1892 vom Verbandsvorstande aus dem Verbandsausgeschieden, weil derselbe seine Reiselegitimation gefälscht und die zuviel (Mk. 5) erhaltene Reiseunterstützung nicht zurückbezahlt hat. Dieses Frühjahr hat sich nun der p. p. Thalau unter derselben Nummer in den Lokalverband Gelsenkirchen wieder eingeschlichen, ist dort aber jetzt abgereist. Wir ersuchen deshalb alle Lokalkassirer, uns sofort Mittheilung zu machen, wo sich der A. Thalau aufhält. Beiträge dürfen von demselben nicht entgegengenommen werden, und ist ihm das Verbandsbuch abzunehmen und an uns einzusenden.

Der Verbands-Vorstand.

S. A.: Fr. Schrader.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Eimsbüttel. Herr C. Sch., wir bedauern sehr, trotz Ihrer Fürsprache die Zumuthung ablehnen zu müssen. Halten Sie sich den Mann als Freund warm, wir sind darüber nicht neidisch. Das Basquill legen wir indessen an den für solche Sachen bestimmten Ort. Den Gefallen, den „Zimmerer“ damit zu bejudeken, thun wir Ihnen selbstverständlich nicht.

Düsseldorf, W. R. So einfach ist die Sache nicht. Wohin sollte es führen, wenn jeder Einzelne über jeden ihm beliebigen Punkt durch den „Zimmerer“ zur Urabstimmung auffordern könnte? Das geht einfach nicht!

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona.** Mittwoch, den 12. September, bei Narjes, Blumenstraße 41.
- Berlin.** Bezirksversammlung für Süden und Westen am Sonntag, den 16. September, Morgens 10 Uhr, bei Poppe, Lindenstraße 16.
- Cöpenick.** Sonntag, den 16. September, Abends 6 Uhr, bei Gaul.
- Essen.** Sonntag, den 16. September, bei Wittwe Kraß, Steelerstraße 10.
- Falkenstein.** Sonntag, den 9. September, im „Sächsischen Hof“.
- Flensburg.** Sonntag, den 9. September, Abends 6 Uhr, bei Wwe. Zoost, Süderfischerstraße.
- Hannover.** Dienstag, den 18. September, bei Bolte, Neuestraße 27.
- Herne.** Sonntag, den 16. September, bei Hochstraße, Wilhelmstraße.
- Hildesheim.** Dienstag, den 11. September, Abends 8½ Uhr, bei Wieje.
- Kiel.** Dienstag, den 11. September, in den „Volks-hallen“, Kethenstraße 12.
- Lottstedt.** Donnerstag, den 13. September, Abends 8 Uhr, bei Schlüter.
- München.** Sonntag, den 16. September, Vormittags 10 Uhr, im „Passauer Hof“, Dultstraße 4.
- Münster i. W.** Sonntag, den 16. September, bei Steinberg, Hörsterstr. 37.
- Pinneberg.** Sonntag, den 9. September, Nachmittags 4 Uhr, in der „Centralhalle“.
- Potsdam.** Dienstag, den 11. September, bei Gaser, Brandenburger Kommunikation 16.
- Reichenbach i. V.** Sonntag, den 16. September, Nachmittags 3 Uhr, Weststr. 32, Hermann's Lokal.
- Schwerin.** Dienstag, den 11. September.
- Wandsbek.** Mittwoch, den 12. September, bei Grunau, Hamburgerstraße.
- Weißensee.** Dienstag, den 11. September, Abends 8 Uhr, bei Frgang, Charlottenburger- und Gablerstr. Straßen-Ecke.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 14. September, Abends 8 Uhr, bei Heilmann in Bant, „Zur Arche“.

Anzeigen.

Zimmerer Leipzig.
Dienstag, den 11. September, Abends 8 Uhr:
Öffentliche Versammlung
im Saale der „Volks-hallen“.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
[M. —, 90] Der Vertrauensmann.

Scherm's **Reise-Handbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit 3 Karten, gebunden Mark 1,50.
Durch J. Scherm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Genossen!

Kauft nur den **„Bleistift“**, **„Solidarität“** von Jean Bloß, Stein bei Nürnberg.

Berkehrslöfale, Herbergen nsw.

(Jahres-Anferat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
— W. Pippke, Markstraße 14, Eingang Grünweg, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
— Julius Raumann, W., Rulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Berkehrslöfale bei Joh. Bez., Löffertwiete 8.
- Breslau.** Berkehrslöfale und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Braueret, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Berkehrslöfale. Berkehrslöfale sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Berkehrslöfale (Privatlöfale) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Berkehrslöfale und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Mülinggasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
— Behl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.
— Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslöfale, sowie Zentralherberge.
- Hamburg.** Zentralherberge: Bid (vormals Dieh), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Berkehrslöfale Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Warmbeck.** D. Niemeyer, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Warmbeck.** Berkehrslöfale für Zimmerer, Rud. Ellerbrod, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hannover.** Berkehrslöfale bei Bolte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingfint, Ballhofferstr. 1.
- Harburg.** Berkehrslöfale der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Büssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslöfale: H. Wraage, „Volks-halle“.
- Leipzig.** Berkehrslöfale und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Al. Fleischergasse, Wag. Soupe's Restaurant. Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Fröhlich, Leipzig-Neuditz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Berkehrslöfale: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hornmann, Schlämacherstr. 5/16.
- München.** Das Berkehr- und Berkehrslöfale des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Berkehrslöfale statt.
- Rostock.** Berkehrslöfale für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Spandau.** Zimmererherberge und Berkehrslöfale bei R. Schulz, Abamstraße 9.
- Stettin.** Berkehrslöfale, Bogirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harvath, Bogislavstr. 22.
- Stuttgart.** Berkehrslöfale und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Berkehrslöfale u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenerstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.